

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 153.

Dienstag, den 4. Juli 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Schrecken ohne Ende?

Alle guten Dinge sind drei, aber die drei mal dreihundert Sitzungen des preussischen Dreiklassenhauses waren keine guten Dinge, und seitdem dieses Parlamentszerbild am letzten Mittwoch auseinandergeplatzt ist, wie ein widerlicher Bockst, sind nicht einmal mehr Preußens Sunker in ihrem Paradiese guter Dinge.

Für sie begann freilich nicht übel. Und Herr v. Pappenheim, der Paladin des ungekrönten Königs, konnte am 19. Januar der Regierung, ohne mit der Faust auf das Pulver zu schlagen, die uneingeschränkte Zufriedenheit der herrschenden Klasse allergnädigst kund und zu wissen tun. Aber bald setzten — gestachelt überall durch die Reichsfinanzreform — Unbotmäßigkeit und offene Rebellion ein. Der Prozeß Becker-Bartmanns, die allzu dreisten Vorstöße bei der Nachwahl in Labiau-Wehlau hatten den Landratsabsolutismus selbst den angestrichelten Nationalliberalen sichtbar gemacht, den rücksichtslosen Terrorismus der preussischen Verwaltung im Dienste der Sunkerpolitik vor aller Welt enthüllt, so deutlich, daß auch die liberalen Spießer unsanft aus dem Dusef aufgeschreckt wurden. Und am 11. Januar hatte sich offenbart, daß Scharfmachertum und Politik in die Moabit Grube, die sie der Sozialdemokratie gegraben hatten, selbst hineingefallen waren, und zwar so tief, daß es keine Flucht mehr gab. Unter diesen verhängnisvollen Zeichen, zu denen alsbald noch der wieder aufgenommenen Essener Meinungsprozess — ein Spezialangebinde der schwarzen Blockbrüder — trat, fanden die ungewöhnlich erregten Etatdebatten. Die Eisenstirnigkeit der Rechten und der scheinbar so wohlgepanzerte, sicher aber pflichtvergessene Machiavellismus der Minister vermochten die hagelichten Hiebe der Opposition und vor allen des kleinen sozialdemokratischen Häufleins nur mit Mühe und Not zu parieren. Wohl nie wurde die moralische Verwahrlosung der preussischen Bürokratie so schonungslos aufgedeckt, wie in jenen Debatten. Als das verwahrlosete aller preussischen Ministerien wurde das Kultusministerium, auch „Ministerium des Geistes“ genannt, gebrandmarkt. Die skandalösen Leistungen der Schulaufsichtsbehörden, besonders auf dem Gebiete der Jugendverfolgung, bewiesen schlagend, wie wahr es ist, daß die Demoralisation der Behörden im direkten Verhältnis steht zu dem Grade, in dem sie einer geordneten Kontrolle, und sei es auch nur durch eine Klassenjustiz, unterworfen sind. Selbst der von „Bismarckischem Geiste“ erfüllte nationalliberale Schiffer, einer der höchsten preussischen Richter, war von solchem Grimme gereizt, daß er sich nicht scheute, denen um Heydebrand mangelhaft entwickeltes Rechtsempfinden und Pflichtbewußtsein vorzuwerfen. Vom Sunkerübermut besessen, setzte der kleine, aber mächtige Mann auf einen Schelmen anderthalbe, indem er nicht nur die Reichsfinanzreform als eine glänzende patriotische Tat verhimmelte, sondern sogar — man staune — die Schnapsliebeshabe als den Grund- und Eckstein jenes agrarischen Wucherwerkes pries. Die Rechte war wahrlich nicht blöde; Herr v. Arnim-Jübedom ging zur Attacke gegen die Regierung über, und das Herrenhaus sekundierte. Schroff wurden jene aufklärenden Artikel über die Finanzreform gefordert, die denn auch zur Erlustigung jedes Karikaturen-Feinschmeckers und jedes gesunden Menschenverstandes prompt erschienen, freilich ohne daß die Linke der Regierung wußte, was ihre Rechte tat, sodaß sich eine drollige Verwechslungspose ergab. Anarchie in der Regierung? Die viel gerühmte Maschine funktionierte nicht mehr tadellos? Der schwarze Block von vorgestern kein Fundament eherner und dauernder als Erz? Die Antimodernistendebatte! Gewiß nur Limonade, und wenn nicht von Himbeer, so höchstens von Zitronen. Und doch ein gar lächerlich Ding. Die evangelische Partei der Konservativen muß sich wohl oder übel den Schwarzen mit Haut und Haaren verschreiben, zur höheren Ehre, nicht des Christengottes, aber des agrarischen Portemonnaies und jener Borniertheit, die nun einmal die höchste Tugend eines Volkes nach Kröchers Herzen ist. Aber schließlich wurde die protestantische Welt doch „wild“. „Ein bißchen“ wild wenigstens, wie bei der vorjährigen Borromäus-Debatte. Sehr hoch können ja diese süßen Vorgen nicht gehen, noch weniger die Horneswagen jenes geschmalzten Trotts zu Solz, der unter Bethmanns Auspizien gerade ein paar gemessene Redensarten vollbrachte, die gewiß im Vatikan den Pulsschlag nicht beschleunigen haben.

Dann aber endlich freie Fahrt ins offene Meer der reaktionären Einigkeit gegen die Sozialdemokratie. Im Kampf gegen die Jugend gelingt Bethmanns Sammelstück noch am ehesten. Da ist alles einig von Heyde-

brand bis Fischbeck und Genossen, den ruhmreichen Schöpfern des Reichsvereinsgesetzes gegen die Jugendbewegung. Allein stehen die roten Fünf in ihrer Opposition gegen den im Etat ausgemorfenen Millionenfond zur Korruption der Jugendbewegung. Nicht minder allein im Kampf um alle ernsthafteste Sozialpolitik und im Kampf gegen den preussischen Polizeistaat und seine düstige Blüte, die politische Gemeinpolizei. Inzwischen greift im Reichstage der elsass-lothringische Brand gefährlich um sich. Die geflehten Strohbücher der preussischen Dreiklassenbespoten in Gefahr! Und am 23. März schwingt Herr v. Heydebrand im Abgeordnetenhaus den Feuerreimer und benutzte den steifleinernen Bethmann vor aller Welt als den Brandstifter. Das Spektakelstück fällt ins Wasser, denn hier muß selbst das Zentrum verlagen. Bethmann markierte Energie, der lange Kanzler war von dem kleinen Landrat a. D. auch gar zu lieblos abgeriffelt worden, aber es blieb — dank der Sozialdemokratie — nicht nur bei der markierten Energie; es kam zur Tat des demokratischen Wahlrechts in den Reichslanden. Das war ein drohendes Wetterleuchten für die Dreiklassenpendiaten. Und es war mehr als bloß ein Wetterleuchten. Auf alle Fälle wurde rasch in die Schuener gebracht, was auch nur die Notreise hatte. Die raffinierte Brandschätzung des Wertzuwachssteuergesetzes, die Städteindusriefund und Reglementierungsjucht der Zweckverbandsgesetze, bei dem Viehsteuergesetz die Opferung der kleinen Landwirte auf dem Altar des agrarischen Profits — all dies gelang noch recht gut. Auch zur Verpflanzung der Fortbildungsschule arbeiteten sich schwarz und blau redlich und erfolgreich in die Hände. Und bei der Dubrowski-Interpellation scheinen die seligen Zeiten der einstigen reaktionären Einigkeit aller Parteien zurückgekehrt. Doch bleibt ein Rest aufs Peinlichste zu tragen. Da ist zum Ersten das Feuerbestattungsgesetz; die Schwarzblauen halten nur mit knapper Not zusammen — und, o Graus, die Sozialdemokraten, die Umstürzler und Staatsfeinde, retteten den preussischen Polizeiminister gegen den regierungsfeindlichen Block der Ritter und Heiligen. Doch das dicke Ende kam ganz am Schluß. Mit Händen und Füßen, mit Kniffen und Pfiffen hatte sich die Mehrheit unter Kröcher gegen die Beratung des freisinnigen Wahlrechtsantrages gestraubt. Der Antrag Brandenstein, der zur brutalen Knebelung des sozialdemokratischen Häufleins dienen sollte, wurde dem allzu stürmischen Wahlrechtshunger des preussischen Volkes immer wieder zur Abschreckung entgegengehalten. Aber Hunger läßt sich nicht durch Drohungen stillen, so sehr das auch zu den beliebtesten Mitteln der sozialen Therapie des preussischen Sunker- und Polizeistaates gehört. Und schließlich gab's keinen Widerstand mehr gegen die ungestümen Dränger. Da brauste der alte Sunkeriroz und Hochmut in Heydebrands Seele noch einmal zornig auf, und er selbst forderte, zu spät freilich, um ganz ernst genommen zu werden, zum Wahlrechtstanz heraus, provozierend, höhrend, als stiehe er auf den Zinnen der Ritterburg und schleudere Schmähung und Spott gegen das andrängende „gemeine Volk“, als seien die Tage des Bauernkrieges wieder lebendig geworden. „Dieses Haus ist ein ausgezeichnetes.“ „Die Ruhe und Ordnung im Lande“ gilt's zu wahren gegen das elende Volk, die Lasttiere der Sunker. So sprach Geßler-Heydebrand und pflanzte die Stange mit dem Ritterhelm der Köckerke und Zigeunige von neuem auf, Gruß und Verbeugung heischend von jedem Preußen. Aber die Wahlrechtsdebatte trieb die Sunker und die anderen Parteien des Bürgertums auseinander. Am Beginn der Session ließ die Regierung verkünden, daß sie die Verantwortung nicht übernehmen wolle, durch eine neue Wahlrechtsvorlage abermals Zwietracht unter die staatsbehaltenden Parteien zu säen. Jetzt war die Zwietracht da: der offene Krieg zwischen den verschiedenen Fraktionen der kapitalistischen Klasse, der offene Krieg vor allem zwischen dem mobilen und dem immobilien Kapital, der Industrie und dem Großgrundbesitz. Das Industriekapital schreit nach politischer Macht; es möchte dazu gar gern das Proletariat als Vorpann benutzen, um es dann durch ein neues auf den Leib des Industrie- und Handelskapitals zugeschnittenes Privilegienwahlrecht zu pressen. Aber den Acheron selbst zu bewegen, langt sein Mut nicht. Der Acheron beginnt sich selbst zu bewegen; aber die Fraktion Drehscheibe bringt es nur zu dem lächerlichen Kampf nach zwei Fronten. Und das Zentrum tanzt den Halsbrecherischen Eierstanz; die „Volkspartei“, die noch die letzten Tage bei der rheinischen Gemeindeordnung eine wilde demokratische Demagogie getrieben hatte!

Herr v. Heydebrand selbst aber, der Mann mit der autokratischen Geste, steigt in seiner Not in die Niederungen der Volksverheugung und wirft sich die Toga des Volksmannes, des Mittelständlers um seine Schultern. Durch ein gewissenloses, aber jesuitisch kluges Manöver werden die Nationalliberalen an die Wand gedrückt, daß sie quetschen; ihre plutokratischen Geistes werden zum Spreng-

pulver der Wahlrechtsreformfreunde benutzt. Das war gut so für uns. Wenigstens eine eindeutige Klärung der Situation; Flausenmacherei kann vor dem Sunkertrug nicht bestehen. Damit war nun allerdings das Maß der nationalliberalen Geduld voll. Ein rablatier Ingrimm kam über diese politischen Mannweiber, ein Ingrimm, gesteigert durch den beharrlichen Widerstand des Zentrums gegen die rheinische Gemeindeordnung. Das Zentrum in Obstruktion wegen dieses Gesetzes, Obstruktion zur Abwechslung im Namen einer Pseudo-Demokratie. Die Parteien der Linken aus verschiedenen Gründen teils mehr gegen die Schwarzen, teils mehr gegen die Blauen aufgereizt, und in dieses Lohwobohu eines bereits zur Hälfte auseinandergelaufenen, beschlußunfähigen „Parlaments“ die zynische Parteilichkeit Jordan v. Kröchers, der einst auszog, um die Sozialdemokratie mit dem Bakel seiner Präsidialgewalt zu „erziehen“. Kröcher als Erzieher! Das „ausgezeichnete“, pflichtbewußte und eifrige Parlament nach Heydebrands Geschmack! Ja, wenn um Zollwucherbeute gegangen wäre! Das war die „Ordnung“ nach Heydebrands Rezept, die „Er“ macht, flücht und aufrechterhalten will in alle Ewigkeit, Amen! Anarchie, Lohwobohu — und so kam das Ende. Die Schwarzblauen wollten ihren Willen gewaltsam durchsetzen, und mochte die Geschäftsordnung in Fegen gehen. Aber der Wille der Linken erwies sich als der Stärkere; der junkerliche Hans Großmaul, der gern noch ein paar fette Fische für sich gefangen hätte, mußte zu seinem Schmerze sehen, daß alle Fische fortgeschwammen, als er der Opposition so garnichts mehr gönnen wollte.

Uns aber, der Sozialdemokratie, lacht das Herz im Leibe, daß das Sunkerparlament so gottsdämmerlich auseinandergeplatzt ist. Und alle, außer den Buben hinter dem Ofen, fragen sich: Soll der preussische Sunker Schrecken ein Schrecken ohne Ende sein? Gewißlich und wahrhaftig nicht! Lieber ein Ende mit Schrecken, aber nur ein Ende der Dreiklassenmacherei und nur mit Schrecken für die Mugnießer der Dreiklassenmacherei!

Wir haben lang genug geharrt,
Man hat uns lang genug genarrt!
Jetzt gilt's zum zweiten Male.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Noch mehr Brotwucher.

Die diesjährige Generalversammlung der polnischen Bauernvereine in Westpreußen fand am 26. Juni in Barent statt. Aus den Verhandlungen sind insbesondere die Ausführungen des ehemaligen nationalpolnischen Reichstags-Abgeordneten Dr. Romierowski, sowie des Patrons der Bauernvereine Dr. Polczynski über die Agrarzölle hervorzuheben. Die Ausführungen dieser beiden Redner gingen dahin: Die Getreidezölle haben zur Hebung der Landwirtschaft beigetragen, ihre Ermäßigung würde den Ruin der Landwirte herbeiführen. Von der Diskussion wurde abgesehen, es wurde auch keine Resolution beschlossen. Immerhin war es interessant, daß der Großagrарarier Dr. Romierowski, der ein Rittergut im Posenen besitzt, dabei erklärte, daß die polnischen Großgrundbesitzer in der Provinz Posen in Bezug auf die Agrarzölle folgende Forderungen erheben: 1. Steigerung der Getreidezölle; 2. Steigerung der Zölle auf Geflügel und Eier; 3. Verschärfung der veterinär-polizeilichen Vorschriften an der Grenze gegen die Einfuhr des fremden Viehes, insbesondere gegen die Schweineinfuhr.

Dieses Verlangen nach mehr Ausplünderung des armen Mannes durch Agrarzölle werden sich für die nächsten Reichstagswahlen die polnischen Arbeiter merken müssen.

Konservative und Zentrum.

Das konservative Pastorenblatt der Reichshauptstadt, der „Reichsbote“, reißt sich am Zentrum, das seine Deklaration als „unserfreudliche Erscheinung“ durch den Grafen Scherwin-Löwisch mit der Drohung beantwortete, das Tischstuch zwischen Zentrum und Konservativen zerschneiden zu wollen.

Darauf antwortet der „Reichsbote“:

„Zu welcher anderen Partei will das Zentrum sich denn halten? Es muß sich der konservativen Partei nähern, wenn es überhaupt etwas leisten will. Die konservative Partei braucht dem Zentrum nicht nachzulaufen und hat das auch nie getan, weil sie sich der Bedenklichkeit und Gefährlichkeit des Zentrums für die nationalen Interessen bewußt ist, aber sie nimmt die Hilfe des Zentrums gern an, wenn es sich um staatsnotwendige Dinge handelt.“

Man darf das hier zum Ausdruck kommende Geplänkel zwischen Konservativen und Zentrum politisch nicht zu bedeutungsvoll einschlagen: der „Reichsbote“ ist zwar kon-

servativ, geht aber oft seine eigenen Wege und kann jedenfalls nicht als Organ der offiziellen konservativen Kreise angesehen werden. Herr v. Heydebrand wird sich hüten, in dieser unverblühten Weise mit dem Zentrum zu sprechen.

Oberbürgermeister und Sozialdemokratie.

Die Stadt Breslau, von deren öffentlichen Gewalten nur selten einmal eine erfreuliche Nachricht in die Welt bringt, besitzt einen steifnackigen Oberbürgermeister. Inzwischen ihm und unseren Genossen hat es oft heftige Kämpfe gegeben, aber es muß Dr. Bender auch zugestanden werden, daß er gegen Junker und Mucker seinen Mann zu stehen weiß, wie er im preussischen Herrenhause und auch bei sonstigen Gelegenheiten mehrfach zu zeigen wußte. Nun soll in Breslau eine große Fest- und Versammlungshalle gebaut werden. Unsere Genossen machten ihre Zustimmung zu dem Bau von vornherein davon abhängig, daß die Halle allen politischen und religiösen Parteien zur Verfügung stehen würde, was Dr. Bender rückhaltlos zusagte. Darüber großes Toben in der reaktionären Presse. Die Halle komme nur der Sozialdemokratie zugute, da nur sie die 12 000 Besucher aufbringe, die nötig sind, um eine Versammlung in der Halle zu füllen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung, in der der Bau der Halle endgültig beschlossen wurde, unternahm es der ultramontane Stadtverordnete Dr. Herjchel, den Oberbürgermeister durch die Frage anzurempeln, ob er seine Erklärung, daß die Halle allen politischen und religiösen Parteien zur Verfügung stehen werde, nach reiflicher Überlegung aufrecht erhalte. Dr. Bender antwortete ohne Schwanken: „Ich halte die Erklärung aufrecht auch gegenüber der Sozialdemokratie. Ich weiß zwar, daß der Oberbürgermeister einer anderen Stadt aus einem ähnlichen Anlaß bestraft worden ist, weil er dadurch die sozialdemokratischen Bestrebungen unterstützt haben soll, aber auch das wird mich nicht abhalten. Ich werde mich in solchem Falle sogar selbst benutzieren, daß man die Sozialdemokratie nicht dadurch bekämpfen kann, daß man ihr die Gleichberechtigung verweigert.“

Bei anderer Gelegenheit dürfte sich Dr. Bender wieder als grimmer Sozialistenfeind zeigen, aber er ist doch wenigstens ein ehrlicher Gegner.

Die rheinischen Großindustriellen und der Hanjand.

Der vorläufige geschäftsführende Ausschuss der neugegründeten „Niederrheinisch-Westfälischen Bezirksgruppe zum Schutze und zur Förderung der Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie“ veröffentlichte am Sonnabendabend u. a. in der „Post“ ein Schreiben, in dem diese Gruppe ihre Sezession vom Hanjand zu rechtfertigen sucht. Der Hanjand beschwört nach dem Schriftstück die Gefahr herauf, daß mit seiner Hilfe an Stelle von Vertretern bürgerlicher Parteien „Ungehörige der auf den Umsturz der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung abzielenden sozialdemokratischen Partei in den Reichstag gewählt werden.“

Am Schluß der Rundgebung heißt es:

„Daß es sich bei der Vervollständigung unserer Gruppe nicht darum handelt, und handeln kann, bei der Behandlung von gemeinsamen Fragen, die alle Teile unserer Gewerbetätigkeit betreffen, störend einzugreifen, erhebt schon aus dem Umstande, daß wir die ursprünglichen allgemeinen Richtlinien des Hanjandes zu den unsrigen machen. In solchen Fragen wird der Hanjand stets unsere Unterstützung finden, wie wir es denn auch als selbständige Gruppe nur würden begrüßen können, wenn der Hanjand sich wieder auf die mittlere Linie zurückfinden würde, die er unserer Auffassung nach nie hätte verlassen dürfen. Wir müssen es aber ablehnen, durch unsere weitere direkte Mitwirkung im Hanjande eine einseitig nach links gerichtete Politik decken zu helfen, die unserer Überzeugung nach nicht nur unsere Lebensinteressen schädigen muß, sondern auch schwere Gefahren für unsere allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung in sich birgt.“

In seinem Schreiben an Herrn Kießer, durch welches Geheimrat Kirdorf seinen Austritt aus dem Hanjande erklärte, heißt es zum Schluß:

„Der Hanjand wird statt des erhofften Vorteiles auf der jetzt festgelegten politischen Richtung ein Schaden unseres Wirtschaftslebens werden.“

Der Bod als Gärtner.

Die Fabrikinspektoren haben die Aufgabe, auf Arbeiterschutz bedacht zu sein und die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen zu überwachen und zu erzwingen. Der Kösliner Fabrikinspektor, Regierungsrat Lejser, wendet sich nun aber in seinem Bericht gegen den Arbeiterschutz. Er behauptet, die Sozialpolitik sei nicht mehr auf dem rechten Wege und begründet diese Behauptung wie folgt: „Von den Schwierigkeiten, die mancher Arbeitgeber hat, um seinen Betrieb den Arbeiterschutzbestimmungen anzupassen, von der angeforderten Aufmerksamkeit, die erforderlich ist, um Verstöße gegen die Vorschriften zu verhindern, eine Aufmerksamkeit, die oft einen erheblichen Teil der Arbeitskraft des Betriebsleitenden anzieht, von den Kosten, die nicht selten durch die Erzwingung der Disposition entstehen, habe der Fernstehende keine Ahnung. Deutschland sei im internationalen gesetzlichen Arbeiterschutz anderen Vertragsstaaten um ein großes Stück voraus. Sei Germania nun so weit, daß sie die „Entwicklung“ nicht auf die erkrankten Glieder zu beschränken brauche, sondern die Binden auch da anwenden dürfe, wo sie lediglich das Behagen erhöhen? Mancher werde geneigt sein, die Frage zu verneinen.“

Natürlich verneint sie auch der Kösliner Fabrikinspektor. Er meint, es müsse einmal Halt gemacht werden mit der Arbeiterschutzgesetzgebung und dazu scheint ihm der richtige Zeitpunkt gekommen. Irgendwie erhebliche Mißstände größeren Umfangs könnten bei den jetzigen gesetzlichen Arbeitszeiten nicht mehr vorkommen.

Wenn das der erste beste Scharfmacher sagt, da braucht man sich nicht weiter zu wundern. Es ist dieselbe Melodie und derselbe Text, der nun ausgeht aus den Reihen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller herauskommt. Daß aber ein Fabrikinspektor, zu dessen amtlichen Aufgaben es gehört, die Verhältnisse in den gewerblichen Betrieben zu studieren, solche Ansichten äußert, die mit den von zahlreichen anderen Fabrikinspektoren berichteten Sa-

fachen in diametralen Gegensatz stehen, das beweist nur, wie weit in Preußen die Abhängigkeit der Beamten von den Scharfmachern bereits geht. In Köslin herrscht überdies ostelbischer Geist vor und das erklärt auch manches.

Selbständige masurische Reichstagskandidaturen.

Das in Ortelsburg erscheinende masurische Blatt „Mazur“ teilt mit, daß das Wahlkomitee der masurischen Volkspartei in seiner Sitzung am 24. Juni beschlossen hat, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen selbständig vorzugehen. Für den Wahlkreis Sensburg-Ortelsburg wurde der Kaufmann Eugen Lewandowski aus Posen und für den Wahlkreis Olszko-Lyck der Großbauer Gottlieb Fabusch aus Hasenberg (Westpreußen) als Reichstagskandidat bestimmt. Man will auch selbständig im Wahlkreis Osterode-Reichenburg vorgehen, wenn sich ein geeigneter Kandidat findet.

Die Wahlgelder des Bundes der Landwirte und die Schenkungssteuer.

Daß der Bund der Landwirte außer den regelmäßigen Beiträgen seiner Mitglieder erhebliche Summen für seinen Wahlfonds von verschiedenen Seiten erhält, ist selbstverständlich. So ist an der Tatsache weiter nichts auffälliges, daß in der letzten Jahresabrechnung der „Deutschen Tageszeitung“ der Posten von 20 000 Mk. steht, die dem Bunde der Landwirte zum Wahlfonds aus den Überschüssen des agrarischen Blattes überwiesen worden sind. Freisinnige Kreise hatten aber die Frage aufgeworfen, ob jene 20 000 Mk. nicht der Schenkungssteuer unterliegen und den Reichsschatzsekretär im Reichstage auch um eine präzise Auskunft hierüber ersucht. Wermuth half sich mit einer nichtsagenden gewundenen Erklärung und in der Presse ging deshalb die Diskussion über Wahlfondszuwendungen und Schenkungssteuer fort. Jetzt bringen die „Berliner Politischen Nachrichten“ in der Sache eine auffällige Rundgebung, aus der es wie verhaltener Ärger herausklingt, darüber, daß die Frage überhaupt angeschnitten wurde. Die offiziöse Rundgebung schließt mit der Drohung, daß sie auch anderen Parteien an den Kragen zu gehen gedenke, wenn der Bund der Landwirte nicht ungehört bleiben könne. Die offiziöse Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„In letzter Zeit hat ein Teil der Presse wieder einmal die Frage einer recht ausgedehnten Besprechung unterzogen, ob Summen zu versteuern sind, die der Bund der Landwirte von der „Deutschen Tageszeitung“ für seinen Wahlfonds angeblich geschenkt erhalten haben soll. Die Frage ist gegenwärtig Gegenstand einer tatsächlichen Erhebung, durch die festgestellt werden soll, ob es sich in diesem Falle um eine Schenkung oder um ein zweiseitiges Geschäft, eine Leistung mit Gegenleistung handelt. Bis zum Abschluß der Erhebung wird man gut tun, sich in der Erörterung der Angelegenheit eine gewisse Beschränkung aufzuerlegen. Das sollten auch diejenigen Blätter tun, aus deren Äußerungen die Freunde an einer etwaigen Besteuerung der in Rede stehenden Zuwendung hervorleuchtet. Es ist selbstverständlich, daß das Vorgehen mit dem einen Falle nicht abgeschlossen wird. Sollte es sich als nötig erweisen, die Überweisung von Geldern zu Wahlzwecken als Schenkung zu betrachten, so müssen alle übrigen gleichartigen Fälle in derselben Weise behandelt werden. Denn es ist Pflicht der Regierung, durchaus gleichmäßig vorzugehen. Es steht zu hoffen, daß diejenigen, die heute eine Besteuerung der Leistungen für Wahlzwecke einer anderen Richtung fordern, sich nicht beklagen werden, wenn sie später dem gleichen Schicksal verfallen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ bestätigt, daß Erhebungen über die Steuerpflichtigkeit der Zuwendungen zum Wahlfonds des Bundes der Landwirte gemacht werden, stellt sich aber mühselig, daß anscheinend die Behörde anderen Organisationen gegenüber bisher noch untätig geblieben ist. Sie verlangt, daß die Regierung den Verdacht zerstreut, daß sie etwa ihre pflichtmäßige Aufmerksamkeit in so besonderem Maße nur dem Bund der Landwirte zuwende. Dieser Bluff kann natürlich nur auf die ganz Indifferenten wirken, denn der Beweis liegt zu viele vor, daß von jeher der Bund der Landwirte mit viel günstigerem Maße gemessen worden ist als jede andere politische Organisation.

Das Vermächtnis an die freireligiöse Gemeinde in Breslau.

Das Reichsgericht hat am 1. Juli die in Sachen der Müllerschen Erbschaft von der freireligiösen Gemeinde zu Breslau eingelegte Revision zurückgewiesen. — Wie erinnerlich sein wird, hatte ein Rentier Müller der genannten Gemeinde 20 000 Mk. mit dem Auftrage vermacht, davon 10 000 Mk. der Blindenanstalt zu geben. Die geleglich notwendige Genehmigung zur Annahme der Erbschaft wurde jedoch verweigert, und das Geld nahm der Fiskus an sich. Die Breslauer Gemeinde ließ sich darauf in Offenbach eintragen und erhielt dann auf ihr Ersuchen anstandslos vom Großherzog von Hessen die Genehmigung zur Annahme der Erbschaft. Der preussische Fiskus erkannte jedoch die hessische Genehmigung nicht an; als dann die Breslauer Gemeinde klagte, fanden die Gerichte einen neuen Grund zur Abweisung: die Gemeinde sei gar nicht erbschaftsfähig, sei keine juristische Korporation. Dieser formelle Grund hat nun auch die Billigung des Reichsgerichts gefunden.

Innungsbrüder auf dem Kriegspfad.

In Steele bei Essen tagte am Sonntag der rheinische Handwerkerstag. Die versammelten Innungsbrüder verlangten eine stärkere Vertretung des Handwerks in den Parlamenten. Jede Unterstützung von sozialdemokratischen Kandidaturen auch in den Stichwahlen bei den kommenden Reichstagswahlen wurde unbedingt abgelehnt. Schließlich erklärte man sich auch gegen den Hanjand, dem sich das Handwerk unter keinen Umständen anschließen dürfe.

Zu der neuesten Marokko-Affäre

bringt der „Berliner Lokal-Anzeiger“ in seiner Abendausgabe vom 3. Juli eine Auslassung, die allem Anschein nach mindestens offiziös inspiriert sein dürfte. Es wird ausgeführt:

„Die deutsche Regierung kann den Antworten der Großmächte, wenn solche auf ihre Mitteilung von der Entsendung des „Panther“ erfolgen sollten, in aller Nähe entgegensehen. Eine vorherige Verständigung mit den anderen beteiligten Staaten hat nicht stattgefunden; sie hätte ja auch keinen Zweck gehabt und würde auch der Würde einer Großmacht nicht entsprechen, denn, wenn es sich um den notwendigen Schutz deutscher Interessen und deutscher Reichsangehöriger im Auslande handelt, ist es allein Sache der deutschen Regierung, Maßregeln zu treffen. Die Mitteilung an die Allgermächte — es sind außer Deutschland zwölf Regierungen, deren Unterschrift jener Vertrag trägt — ist am 1. Juli mittags, gleichzeitig mit dem Eintreffen des Kanonenbootes in Agadir, erfolgt. Wenn ein Widerspruch zwischen dem jetzigen Verhalten der deutschen Regierung und dem vor einiger Zeit veröffentlichten scharfen Dementi des Reichs von der Entsendung dreier Kriegsschiffe nach Marokko in einem Teil der Presse konstruiert wird, so ist darauf zu entgegnen, daß eben jetzt ganz andere Verhältnisse vorliegen. Damals war freilich die Entsendung eines Kriegsschiffes weder zweckmäßig noch erforderlich, während jetzt ein Besuch der Deutschen in Agadir vorliegt.“

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 4. Juli.

Achtung, Tapezierer! Die Tapezierer Lübeck befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Bezug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! Über die Arbeitslöhne des Unternehmers Beth in Wadendorf ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt. Die Zweigvereinsleitung.

Die sozialdemokratische Wahlagitation liegt den bürgerlichen Parteien und besonders den „Lübeckischen Anzeigen“ schwer im Magen, und zwar besonders deshalb, weil sie erfolgreich ist. In dem Bestreben, seinem Ärger Luft zu machen, greift nun unser famoseres Amtsblatt einen Artikel der Genossin Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“ auf, in welchem vor Überfälligung der Massen mit Wahlagitationen gewarnt wird. Die Konzentrierung des gesamten Parteilebens lasse sich von keinem Standpunkt rechtfertigen. Die Genossin Luxemburg betont das, weil auf dem kommenden Parteitag die Reichstagswahlen in den Vordergrund geschoben sind und andere nach ihrer Meinung ebenso wichtige Gegenstände nicht auf der Tagesordnung stehen. Wir teilen die Ansicht der Genossin Luxemburg in keiner Weise. Dafür ruft sie jedoch bei den „Lübeckischen Anzeigen“ folgenden Blödsinnsausbruch hervor:

Recherisch im höchsten Grade (ist diese Ansicht), denn wenn schon die bloße sozialdemokratische Theorie und Phrase die Massen überfälligen und anwidern kann, wie sollte es erst werden, wenn einmal der sozialdemokratische Zukunftsstaat mit seiner „oben Gleichmacherei, mit seiner „Vollkommenheit“ und „völligen Bollendung“, die alles Streben und Schaffen, alles Fürchten und Hoffen, alles Begehren und Entbehren im Keime erstickt, über die Massen kommt? Dann würden Götter und Entsetzen so groß sein, daß die „Herrlichkeit“ nicht drei Tage dauerte. Wie gesagt, den weiteren Schritt bis zu dieser Selbststerbensart und Einsicht wird die „Genossin“ Rosa Luxemburg nicht tun wollen.

Also der sozialdemokratische Zukunftsstaat ist es, mit dem das Amtsblatt die politischen Kinder, für die es seine wenigen Abnehmer zu halten scheint, schrecken will. Daß dabei krankhafte Phantasie ein Gebilde an die Wand malen muß, wie es nur Narren sehen, kann allerdings denkende Menschen kaum wundern. Aber was denn eigentlich der Zukunftsstaat mit dem Artikel der Genossin Luxemburg zu tun hat, wird wohl noch lange Geheimnis der Amtsblattredaktion bleiben. Oder stellt diese Art amtliche Polemik auch so etwas wie Wahlagitation dar? Dann wundern wir uns nur, daß diejenigen, für die sie bestimmt ist, nicht an diesem einen ellen Bissen übersättigt werden.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Juli 1911 22 453 Mitglieder gegen 20 034 im Jahre 1910. Auf Männer entfielen davon 15 583 (1910 13 738), auf Frauen 6870 (1910: 6296). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Juni 1911: Männer 321 (1910: 294) und Frauen 240 (1910: 266). Ausweisung für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Juni 1911 (1910: 1508) erteilt. Sterbegeld wurde im Juni für Mitglieder in 12 Fällen, für Angehörige in 21 Fällen gezahlt. Abertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die sargungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 14 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Juni 20 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags pünktlich in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Die gefährliche Hundspeterilie ist wieder in vielen Gärten zu finden und kann als Giftpflanze namentlich zwischen den einfachen oder Schnittpeterilie und dem Kerbel gefährlich werden. Von der Peterilie unterscheidet sie sich durch folgende vier Merkmale. Zwischen den Fingern gerieben riecht die Hundspeterilie unangenehm, ähnlich wie Knoblauch, die Peterilie aromatisch. Die Hundspeterilie trägt unter den Blütenblenden einseitige Hüllblättchen, die Blätter sind glänzender und die Blättchen schmaler als bei der Peterilie. Die Hundspeterilie ist einjährig, treibt also schon im ersten Sommer den Blütenstengel, wächst somit sehr schnell, während die Peterilie zweijährig ist. Um eine Vermehrung zu vermeiden, sollte man nur die krause Peterilie anbauen. — Vom Kerbel unterscheidet sie sich schwieriger, besonders durch die Früchte, die beim Kerbel länglich eiförmig, bei der Hundspeterilie länglich kugelförmig sind. Auch an dem Geruch kann man sie unterscheiden, da der Kerbel nicht den unangenehmen Geruch an sich hat. Da durch den Genuß der Hundspeterilie Erbrechen, Schwindel und gar der Tod erfolgen kann, so ist Vorsicht streng geboten. Als Gegenmittel wendet man Brechmittel und saure Flüssigkeiten, wie Essig, saure Milch usw. an.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pf. für je 20 Gramm). „President Grant“ ab Hamburg 5. Juli, „Prinz Wilhelm“ ab Bremerhaven 8. Juli, „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremerhaven 11. Juli, „President Lincoln“ ab Hamburg 12. Juli, „Kronprinz Wilhelm“ ab Bremerhaven 18. Juli, „Kaiserin Auguste Victoria“ ab Hamburg 20. Juli, „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremerhaven 25. Juli, „Amerika“ ab Hamburg 29. Juli, „Bremen“ ab Bremerhaven 1. August; Postanschlus nach Antunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe außer „President Grant“, „President Lincoln“ und „Bremen“ sind

Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnellste Beförderungsgewissheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Zeitvermerk wie „bester Weg“ oder „über Bremerhaven oder Hamburg“ zu versehen. Die Postermäßigkeit erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw., und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, zum Beispiel Kanada.

Sonderzug nach Hamburg. Am Sonntag, dem 9. ds. Mts., 8.35 vorm. wird ein Sonderzug von Lübeck nach Hamburg Hbf. (Abf. 9.50) befördert, zu dem Rückfahrkarten nach Hamburg und Wandsbek zu dem ermäßigten Preise von 3 Mk. für die Hin- und Rückfahrt 3. Klasse ausgegeben werden. Rückfahrt am Sonntag mit allen Personen- und zuschlagfreien Sitzplätzen. Benutzung der D-Züge auch gegen Zuschlag nicht gestattet.

Aus dem Gerichtssaal. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte am Sonnabend die Strafkammer gegen den Schlossergesellen D., der des Sittenverbrechens an Kindern angeklagt war. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust gegen den bereits wegen eines ähnlichen Delikts vorbestraften Schweinigel. — Zu 9 Monaten Gefängnis wurde der erst 19jährige Kellner S. verurteilt, der sich gleichfalls an Kindern unsittlich vergangen hatte. — Einen Großdiebstahlbetrieb hatten die wiederholt wegen Eigentumsvergehen vorbestraften Kumpare Reifender Naumann aus Magdeburg und Kellner Ehler aus Alt-Willershausen hier anfangs April eingerichtet. So wurde dem Bahnarzt Hegewisch ein Winterüberzieher und ein Jackett im Werte von zusammen 180 Mk. entwendet. In den im Wohngebäude der Stadthalle befindlichen Mädchenkammern wurden die Kommoden erbrochen und alles was Wert hatte, als wie Damenuhren, Ringe, Portemonnaies, Leinen- und anderes Zeug, sowie ein Sparschwein gestohlen. Doch nicht lange erkeuerten sich die Spießgesellen, von denen immer einer Schmiere stand, während der andere bei der „Arbeit“ war, sich ihres Raubes. In Schwerin wurden sie festgenommen, als sie noch einen großen Teil der gestohlenen Sachen in ihrem Besitz hatten. Die Strafkammer verurteilte die beiden Diebe zu je 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Handelsregister. Am 8. Juli 1911 ist eingetragen 1. bei der Firma Vorschuh- und Sparverein in Lübeck, Lübeck: Dem Beschluß der Generalversammlung vom 8. März 1907 entsprechend ist das Grundkapital um weitere 200 000 Mk. erhöht. Es beträgt jetzt 2 000 000 Mk. Die Ausgabe der 200 auf den Inhaber lautenden neuen Aktien à 1000 Mk. erfolgt zum Parikurse und gegen Erstattung des Reichsstempels. Nach dem Gesellschaftsvertrage vom 4. März 1904 wird die Gesellschaft nach außen hin durch den Vorsitzenden des Vorstandes oder dessen Stellvertreter und zwei andere Vorstandsmitglieder vertreten. Vorsitzender des Vorstandes ist Dr. jur. C. H. Franck, Stellvertreter des Vorsitzenden des Vorstandes ist der Konsul F. A. Suchau, beide in Lübeck; 2. bei der Firma F. L. Würzburg in Lübeck: Dem Handlungsgehilfen J. Franckenthal in Lübeck ist Procura erteilt.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 8. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 16, Luft 17; morgens 10 Uhr: Wasser 16½, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 18; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 17 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 400 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 350 weibliche Personen.

pb. Fahrraddiebstähle und kein Ende. In der Nacht vom Sonntag zum Montag dieser Woche ist in Rakeburg im Hotel „Rakeburger Schweiz“ ein Fahrrad, Marke „Duro“, abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Rahmen ist vorne gestickt. Am Rade ist ein geschmiedeter Gepäckträger. — In der Nacht zum 27. vor. Monats sind aus dem Keller eines Hauses Schwartzauer Allee zwei Fahrräder, ein Damen- und ein Herrenrad, gestohlen worden. Das Damenrad trägt die Erkennungsnummer 12 450, es hat schwarzes Gestell und Felgen, schwarz lackierten Kettenstange, Freilauf mit Rücktrittsbremse und nach oben gebogene Lenkstange. Das Herrenrad trägt die Marke „Abler“ und die Erkennungsnummer 10 622 und die Fabriknummer 33 N; es hat schwarzes Gestell und Felgen, nach oben gebogene Lenkstange. Auf dem Vorder- und Hinterrad befinden sich noch zwei gut erhaltene Mäntel „Continental“. — In der Zeit vom 1. bis 8. ds. Mts. ist aus dem Keller eines Hauses der Königstraße ein Fahrrad gestohlen. Das Rad ist alt, es trägt die Erkennungsnummer 4245, schwarzes Gestell und Felgen und nach oben gebogene Lenkstange.

pb. Entwendete Schmuckgegenstände. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen sind einem am Sonnabend in Travemünde zugereisten Ehepaar folgende Schmuckgegenstände: Eine Diamantbroche in Form einer Nadel, an welcher sich vier hängende Diamanten befinden. Ein Damenring, der vier Diamanten in Kleeblattform trägt. Ein Damenring mit Rubin und zwei Diamanten. Ein Damenring mit zwei Diamanten und einem Saphir.

pb. Unfug. In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli d. Js. ist vor dem Hause Beckergasse Nr. 2 ein Wscheimer aus Zintblech ohne Deckel abhanden gekommen und vermutlich von Unfug treibenden Personen verschleppt worden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Ernst von Willenbruchs Schauspiel „Die Haubenlerche“ geht morgen von Herrn Bichon sorgfältig vorbereitet in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Bracco, Pawlow, Stettner und die Herren Bichon, Seibler, Mehner und Kleinschegg. Am Donnerstag wird nochmals „Der Zigeunerbaron“ aufgeführt und zwar zu ermäßigten Preisen, 75 und 50 Pfg. Den „Barinkay“ singt Redwig, die übrige Besetzung ist dieselbe geblieben, wie bei den bisherigen Aufführungen. Als nächste Operette erscheint „Nanon“, die Wittin vom goldenen Lamm“ auf dem Spielplan.

Moistung. Gemeindevorstellungswahl. Zum Gemeindevorsteher wurde am Sonntag der bisherige Inhaber dieses Amtes, Postagent Tegetmeyer, mit 276 Stimmen gewählt. Der von den Sozialdemokraten aufgestellte Mühlenbesitzer Rathje erhielt 217 Stimmen. Hier waren also die Anstrengungen der Gegner erfolglos gewesen. Das änderte sich jedoch bei der Gemeindevorstandswahl. Hier erhielt Arbeiter Schomann (Soz.) 198 Stimmen, während auf den bürgerlichen Kandidaten Hufner Grube nur 96 Stimmen entfielen. 4 Stimmen waren zerplittert. Die Gemeinderatswahl hatte folgendes Resultat: Es erhielten Arbeiter Bruhn (Soz.) 152, Maurer Stapelsfeldt (Soz.) 142, Arbeiter Schuhr (Soz.) 180 Stimmen. Außerdem wurden abgegeben für Maurer Hinge 14 und Lagerhalter Haut 5 Stimmen. Die Gegner hatten nur einen Kandidaten, Böbel, aufgestellt, der es auf ganze 21 Stimmen brachte.

Schwartzau-Kemfesch. Der Sozialdemokratische Verein hält am Donnerstag, dem 6. d. Mts., abends 8½ Uhr, im Gasthof „Transvaal“, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Da die Tagesordnung eine wichtige und u. a. ein Vortrag des Genossen Dr.

Schlomer über „Staatssozialismus“ vorgesehen ist, ist das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen dringend notwendig.

i. Stockelsdorf. Die Gemeindevorsteher befaßten sich in ihrer letzten Sitzung mit der Festsetzung der Wohnungsgelder für diejenigen Lehrer in unserer Gemeinde, die den Hauptlehrern gleich gestellt sind, aber keine freie Dienstwohnung inne haben, und legten das Wohnungsgeld auf 350 Mk. pro Jahr für diejenigen Lehrer, die nicht die Befoldung eines Hauptlehrers erhalten, auf jährlich 150 Mk. fest. In Aufwartung wurde eine Entschädigung von 75 Mk. pro Jahr für angemessen erachtet. Von dem Siemens-Schuckert-Werk, Berlin, wurde ein Kostenschlag für elektrisches Licht (Straßenbeleuchtung) vom Gemeindevorsteher vorgelegt; demnach wird die Dorfschaft Stockelsdorf und Mori 30 Lampen erhalten; kosten werden dieselben mit Masten und zwei großen Schalttafeln 7001 Mk., ohne Masten 4375 Mk. Die Betriebskosten für Licht betragen jährlich 513 Mk., für die Dorfschaft Eckhorst 9 Lampen-Anlagen mit Masten 1230 Mk., ohne Masten 762 Mk. Betriebskosten für das Licht jährlich 297 Mk., für die Dorfschaft Steinrade 11 Lampen-Anlagen mit Masten 1590 Mk., ohne Masten 927 Mk. Betriebskosten für Licht jährlich 354 Mk., jedoch die Gemeinde die Licht-Anlagen kosten würden mit Masten 10 000 Mk., ohne Masten 6000 Mk. Hierzu wurde beschlossen, für die Gemeinde Straßenbeleuchtung anzuschaffen. Dieser Beschluß ist jedoch der Gesellschaft gegenüber nicht bindend. Daß es endlich einmal dazu kommt, Licht für die Gemeinde anzulegen, können wir hauptsächlich den Vertretern der Arbeiter mit verdanken, die schon immer für diese Forderung eingetreten sind. Die Bauern, die früher immer die Mehrheit hatten, waren hierfür nicht zu haben und sagten: „Was kamen soll, kommt doch“. Beglückliche Wertzuwachssteuer und Eintreibung derselben wurde berichtet, daß erst kürzlich von zwei Besitzern, die ihre Erbpachtstellen verkauft hatten und zu der Wertzuwachssteuer veranlagt waren, Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht sei, sie wären aber mit ihrer Klage zugunsten der Gemeinde kostenpflichtig abgewiesen. Die Einführung der Wertzuwachssteuer bringt der Gemeinde in diesem Jahre über 2000 Mk. ein; darum muß auch die Gemeindevorstellung danach trachten, sobald die Reichswertzuwachssteuer in Kraft tritt, doch noch für die Gemeinde etwas herauszuschlagen. Zum Punkt Bericht der Schulkommission wurde beschlossen, das Protokoll der Schulkommission der Gemeindevorstellung bei den jeweiligen Sitzungen vorzulegen. Steuerreklamationen lagen zwei vor, beiden Begründungen wurde stattgegeben.

Arbeiter! Parteigenossen! Erwerbt das Lübecker Bürgerrecht.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militär-Papier.
- 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist. Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern):
- 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
- 6) Innungsmitgliedschein.
- 7) Heiratsurkunde oder Heirat deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
- 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktag in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeiterssekretariat, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

Malente-Greismühlen. Die rechtliche Stellung des Lehrers in Staat und Gemeinde. Der Landeslehrerverein für das Fürstentum Lübeck hielt Sonnabend hier seine Hauptversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der rechtlichen Stellung des Lehrers in Staat und Gemeinde beschäftigte. Das Oberverwaltungsgericht in Oldenburg hat entschieden, daß die Lehrer nicht Mitglieder des Gemeinderats sein dürfen und durch das am 1. Januar 1912 zur Einführung gelangende neue Schulgesetz soll den Lehrern auch das passive Wahlrecht genommen werden. Dagegen wurde in der Versammlung starke Opposition erhoben. Der anwesende Regierungsvertreter aus Gutin bemerkte dazu, daß dem Vorgehen im Herzogtum Oldenburg sich auch das Fürstentum Lübeck anschließen mußte, weil sonst Beschlüsse von Gemeindevorstellungen, bei denen der zugehörige Lehrer den Ausschlag gegeben habe, ungültig seien. Die Regierung stehe aber auf dem Standpunkt, daß der Lehrer das passive Wahlrecht haben müsse und auch Mitglied des Gemeinderats sein könne, und voraussichtlich werde in dieser Richtung schon dem nächsten Landtage eine Vorlage zugehen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde angenommen. Weiter forderte man eine Festsitzung der geheimen Personalakten und eine Abänderung der Disziplinarregeln dahin, daß nach der Verantwortung der Beschwerdeschrift seitens der erennenden Behörde dem Beschwerdeführer eine Abschrift der Antwort zur Rückäußerung zugeht. Schließlich wurde für den bestrafte Beamten das Wiederannahmeverfahren und für den unschuldig bestrafte Beamten eine Entschädigung vom Staat verlangt. Auch mit dem Inhalt

einer derartigen Resolution erklärte man sich prinzipiell einverstanden.

Hamburg. Zum Kampf im Hamburger Holzarbeiter. In den Reihen der Holzindustriellen ist jetzt offene Rebellion ausgebrochen und zwar weil der Arbeiter-Schutzverband die Unterstützung, die bisher der Arbeiter und Tagelöhner-Mark betrug, auf eine Mark herabgesetzt hat. In einer Bezirksversammlung wurde das damit begründet, daß nach den letzten Beschläffen des Holzarbeiterverbandes ein Ende des Kampfes nicht abzusehen sei, und da man schon 400 000 Mark verbraucht habe, müsse man mit den noch vorhandenen Mitteln recht haushälterisch zu Werke gehen. Die fällige Unterstützungsrate konnte nicht ausbezahlt werden, doch wurden die Meister damit getröstet, daß ein größeres Darlehen in Aussicht gestellt sei. Die Sache ist für den Schutzverband und seine geleiteten Leiter Gurlitt und Wolfson um so blamabler, weil diese die ganze letzte Zeit behauptet hatten, beim Holzarbeiterverband sei das Geld alle. Als nächste Folge haben sich nun innerhalb der letzten 2 Tage 22 maßgebende Firmen an den Holzarbeiterverband gewandt zwecks Abschluß von Einzelverträgen. Arbeiter sorgt für Fernhaltung des Zuzuges. — Im Beruf um's Leben gekommen. Der Deckungs Ferdinand Krüger ist am Sonntag abend beim Anlegen des Fährdampfers „Carl Steveling“ an dem Kaiser-Wilhelmshöft zwischen Schiff und Ponton ins Wasser gestürzt und sofort untergegangen. Nach kaum zehn Minuten hatte man den K. wieder aufgefischt und stellte Wiederbelebungsversuche an, die jedoch erfolglos waren, der Tod war bereits eingetreten.

Altona. Wieder ein Bahnarbeiter vom Zuge zermalmt. Am Dienstag voriger Woche wurde der Bahnunterhaltungsbeamte Hansen beim Stellwerk U am Rainweg von einem Eisfahrgestell überfahren, und gestern, Montag mittags, gegen 1 Uhr, ist in der Nähe der Teutonia-Brauerei der in Hamburg, Hopfenstraße, wohnende Streckenarbeiter Blume von dem aus Norden kommenden Zug überfahren worden. Dem Armlen wurde der Kopf abgefahren, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Auch sie wollen den Kampf nach Rechts nicht mitmachen. Der bisherige Vorsitzende des Zweigvereins des Hansabundes für Altona, Otten und Umgegend, Emil Seidler in Altona, Stadtverordneter und Mitglied der Altonaer Handelskammer, hat, so melden bürgerliche Blätter, seinen Austritt aus dem Hansabund erklärt und sein Ausscheiden aus dem Bunde in einem Schreiben an die Mitglieder des Vorstandes des Zweigvereins begründet. Mit ihm sind mehrere Industrielle, die Mitglieder des Altonaer Zweigvereins des Hansabundes waren, ebenfalls aus dem Bund ausgeschieden, so z. B. Geh. Kommerzienrat Volckens, Kommerzienrat Joh. A. Wenz, Präsident der Altonaer Handelskammer, ferner H. J. Bösch, zweiter Vorsitzender des Zweigvereins, der Fabrikant Olof Michaelson u. a. Weitere Austritte stehen bevor. Natürlich, all die Techniker und Kontoristen der Altona-Ottensener Industriellen, die damals auf Veranlassung ihrer Herren Chefs dem Hansabund beitraten, werden nun deren „Wunsch“ folgen und auch ausscheiden.

Schwerin. Die mecklenburgische Verfassungssache. In Ständehaus zu Rostock wird am 13. Juli eine Konferenz der mecklenburgischen Ritterschaft zusammengetreten, um über die Abänderung der mecklenburgischen Verfassung zu beraten.

Bremen. Die Krawalle aus Anlaß des Straßenbahnerstreiks vor dem Schwurgericht. Wegen Landfriedensbruchs hatten sich am Sonnabend vor dem Schwurgericht zu verantworten der Dreher Johann Wacker, geb. am 24. Januar 1855 zu Bremen, und der Bootsfahrer Heinrich Hinrichs, geb. am 15. Januar 1891 zu Bremen. W. ist einmal wegen Hausfriedensbruchs mit einem Verweise, H. ist noch nicht vorbestraft. Beide sollen am Dienstag, dem 9. Mai d. Js. — am Tage vorher hatten die Straßenbahner den Streik beschlossen — an öffentlichen Zusammenrottungen und an Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen teilgenommen haben. Hinrichs soll als Rädelshörer an diesen Zusammenrottungen teilgenommen haben. Wacker kam um 8 Uhr abends vom Wöchnerinnenapl, wo er seine Frau besuchte hatte. Bei der Malerstraße in Hastede begegnete ihm eine Anzahl arbeitswilliger Straßenbahner und eine Menschenmenge von circa 800 Personen, darunter viele Kinder. Es wurde „Eisbrecher“ und „Hungerteiler“ gerufen. Der Angeklagte hat auch gesehen, daß mit Steinen geworfen wurde. Er erklärt, ihm habe das leid getan, er habe am andern Tage bei der „Bremer Bürgerzeitung“ einen Bericht aufgegeben, wodurch das Publikum aufgefordert werden sollte, solche Ausschreitungen zu vermeiden. Wacker erklärt auch, er habe keinen Stein in die Hand genommen, er habe nur einmal „Pui“ gerufen, als die Arbeitswilligen an ihm vorbeigingen. Daß Arbeitswillige durch Steinwürfe getroffen wurden, hat er nicht gesehen, er hat nur gesehen, daß ein Straßenbahner zusammenbrach. Der Angeklagte bestritt aber entschieden, daß er sich an einen Arbeitswilligen vergriffen habe. Es sei auch nicht wahr, wie die Anklage behauptet, daß er hinter drei flüchtenden Straßenbahnern hergelaufen sei und diese mit Steinen beworfen habe. Die Straßenbahner seien über den Bahndamm und in die Bahnmarterebude geflüchtet. Er habe nur in die Bude hineingesehen. Angeklagter erklärt, er sei lange organisiert und wisse auch, daß durch Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige für die Arbeiterbewegung nichts erreicht werde. Ferner bemerkte er, seine rechte Hand sei damals bandagiert gewesen; wenn er hätte werfen wollen, was er nicht getan habe, so hätte er es nur mit Schmerzen tun können. Hinrichs erklärt auf Anfrage, daß er im Transportarbeiterverbande organisiert sei. Er gibt zu, daß er abends um 6 Uhr, als ein Straßenbahnmagen an ihm vorbeifuhr, einmal „Eisbrecher“ gerufen habe. Es sei nicht wahr, daß er schon um 7 Uhr vor dem Depot gewesen sei. Er sei kurz vor 8 Uhr nach der Wirtschaf von Dietrichs gekommen. Als die Arbeitswilligen auf dem Wege zur Kirchbachstraße waren, habe er einmal „Eisbrecher“ und „Streikbrecher“ gerufen. Daß die Arbeitswilligen auf diesem Wege „gekauft“ worden seien, habe er nicht gesehen. Es sei auch nicht wahr, daß er die Menge zum Werfen gereizt habe. Am 10. Mai, als wieder eine Menge zusammengekommen war, habe er nicht gerufen. Die Zeugenaussagen widersprechen sich sehr. Einige Zeugen wollen gesehen und gehört haben, daß Wacker und Hinrichs gerufen, ja sogar geworfen haben, andere wieder haben bemerkt, daß sich die beiden Angeklagten sehr zurückhielten. Trodem erkannten die Geschworenen sie des einfachen Landfriedensbruchs schuldig und das Gericht verurteilte W. zu acht Monaten und H. zu fünf Monaten Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Die Angeklagten wurden auf freien Fuß gesetzt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten Inhalt Johannes Stellung, Verleger: E. L. Schmarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz**.

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgeschehnissen, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Bfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Su beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,

sowie deren Kolporteurs und Austräger.

☐ Jedes Heft ist reich illustriert! ☐

„Komitee- und Kommissionssitzungen“

14. Distrikt.

Zusammenkunft heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

D. M. V. Komitee-Sitzung am Freitag, dem 7. Juli abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Wir wünschen dem Herrn L. Schnor, Schönbüchsen, zu seinem heutigen Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch. Nun rate mal.

Zum 1. Oktober eine abgeschl. 2- u. eine 3-Stubenwohnung in der Friedenstraße 84 zu vermieten.

Boysen, Solitenstraße 87. Zum 1. Oktober zu vermieten eine 2- u. e. 3-Zim.-Wohnung. Büchlingstraße 39, I.

Freundlich möbl. Zimmer zu vermieten. Büchlingstr. 31, I.

Eine 3-Stuben-Wohnung zum 1. Oktbr. zu vermieten. Preis 200 Mk. **P. Moll, Vorwerk.**

Zu vermieten z. 1. Oktober kleine 2-Stuben-Wohnung mit Zubehör und Stall. **Schwartauer Allee 170.**

Zum 1. Oktober eine 2-Stuben-Wohnung (Partierre) zu vermieten. **Annimstraße 42 d.**

Sofort eine Wohnung zu verm. 2 Zimmer, Küche u. Feuerungsgebl., auch z. 1. Oktober. **Glöwigstr. 9.**

Sofort oder zum 1. Oktober eine 2-Stuben-Wohnung zu vermieten. **Glöwigstraße 7c.**

Abgeschlossene 2- u. 3-Zimmer-Wohnung mit allem Zubehör. **Büchlingstr. 8, Mühlentor.**

Sohnender Verdienst! Suche zu sofort einen sauberen foliden

Brotkutseher gegen hohe Prozente. Viele Kundenschaft vorhanden. **Bäckerei Gießerbrück.**

Aufruf. Ich verpöchte demjenigen 10 Mk., der mir den Verbreiter des Gerüchtes nachweist, dass ich vorige Woche Mittwoch, Donnerstag oder Freitag mit einem Mädchen auf einem Tanzsalon oder sonst einem Ort gewesen bin, dem ich ihn gerichtlich belang kann. **Wlenkowsky, Lübeck, Altschilde 11, I.**

Geschäfts-Übernahme. Hiermit die ergebene Anzeige, dass ich die von Herrn **Frd. Stümer, Brookesstrasse 46,** innegehabte

Krämerei übernommen habe. Aufmerksame Bedienung und mässige Preise zusichernd, bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Gatharine Süike.

Junge echte Wiener Kaninchen zu verkaufen. **Kottwitzstraße 33, II.**

Verloren ein Portemonnaie mit Inhalt v. Mollteplatz 6. Werberstr. Bitte abzugeben gegen Belohnung **Werberstr. 5, I.**

Wilhelm Venohr, Schuhmacher, wohnt jetzt: **21 Kottwitzstraße 21.**

Die Krankenpflege im Hause

als neunzehntes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenstube, Hilfeleistung, Lagerung und Reinhaltung des Kranken etc. wichtige Ratschläge gegeben sind. **Preis 20 Bfg.**

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co. Abreisenden aufbewahrt u. nachgeholt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Wo ist das grösste Brot? Westhoffstr. 2.

Weine, Spirituosen u. Liköre in jeder Preislage empfiehlt **J. H. Stooß, Engelsgrube.**

E. Boy, Königstr. 61, T. 1811. Marktallst. 46. Mittwoch morgen frisch eintreffend: **Seelachs** Bfd. nur 20 Bfg., **Kabeljau** Bfd. 30 Bfg. **Lebende Schlei und Aale.**

Bettfedern • Daunen Aussteuer-Artikel billigst, weitgehendste Garantie. **L. Duve (Betten-Duve)** Gr. Burgstr. 32. Rote Rabattmark. Fernspr. 1710.

Sparklub Alles da. Versammlung am Mittwoch, dem 5. Juli abends 8 1/2 Uhr. **Der Vorstand.**

W. Klüssendorf Klempner u. Mechaniker **Huxstr. 116/118 Lübeck Fernsp. 1159**

Installation von Gas-, Wasser-, Kasett- und Badelungen, Haus- telegraphen und Blitzableitern. — Anlage von Bierleitungen. **15.- Mk.** **Reparatur-Werkstatt. — Rote Rabattmarken oder 4% in bar.**

Friedr. Meyer & Comp. Johannisstraße 46.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken

empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen

Im Busch. Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie, brasilianisches Lebensbild. Der Kunstreiter. Flußpiraten des Mississippi. Aus zwei Weltteilen u. a. m.

Beerdigungsanstalt Gehr. Müter Fernsprecher 427. **Mühlenstraße 13.** **Übernahme ganzer Beerdigungen.** Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen. **Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.**

Feinstes Pflaumenmus Topf 5 Bfd. netto 0.80 Mk., 10 Bfd. netto 1.55 Mk. mit Topf. **Gemischte Marmelade** Eimer 5 Bfd. 1.10, 10 Bfd. 2.00 Mk. mit Eimer. Nur solange Vorrat reicht. **Fleischhauerstraße 54.** **Seinrichstraße 2a.** **Büchlingstraße 3a.**

Käse! Käse! Bruchkäse sehr billig. **Fleischhauerstr. 48.**

Ido (Reform-Esperanto) Jeden Dienstag abend im Gewerkschaftshaus: **Unentgeltlicher Unterricht.** Anmeldungen nimmt noch entgegen **Alfred Schadel, Werberstr. 16.**

Sozialdemokratisch. Verein Schwartau-Kenigfeld.

Extra-Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, d. 6. Juli im Gasthof Traubaal. Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gen. Dr. Schlomer über: **Staatssozialismus.**

2. Stellungnahme zur General-Versammlung.

3. Anträge zur General-Versammlung.

4. Wahl von vier Delegierten zur General-Versammlung.

5. Verschiedenes. Um recht rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Deutscher Bauarbeiter-Verbd.

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, 5. Juli abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ **Johannisstraße 50-52.** Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Gewerkschaftshaus (1. Quartal).

2. Abrechnung vom Sommerfest.

3. Antrag des Vorstandes.

4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Zweigvereinsvorstand.**

Achtung Maler!

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr. Tages-Ordnung:

1. Ortstarifamt.

2. Anstellung eines dritten Bezirkskassierers.

3. Verschiedenes. Mitgliedsbücher sind vorzulegen. **Der Vorstand.**

Stadthallen-theater. Mittwoch 8 Uhr. 35. Ab.-Vorst. Ernst von Wildenbruch: **Die Haubenlerche.** Donnerstag 8 Uhr. 36. Ab.-Vorst. Logen und 1. Parkett 75 Bfg., die übrigen Plätze 50 Bfg.

Der Zigeunerbaron. Barintay — Frig Hedwig als Gast.

Achter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

C. B. Dresden, 1. Juli.

Zu Beginn der Sitzung wird die Wahl der Generalkommission vorgenommen. Das Ergebnis wird später mitgeteilt werden.

Vorsitzender Legien: Aus verschiedenen Druckerereien in Berlin, und zwar aus der Druckerei Vormwärts, Hempel, Hermann und Elsner, liegen gleichlautende Schreiben des Personals, Buchdrucker und Hilfsarbeiter, vor, worin folgende Frage gestellt wird:

„Wie stellt sich der deutsche Gewerkschaftskongress zu dem vom Tarifamt der deutschen Buchdrucker gefällten Schiedspruch im Konflikt der Maschinenmeister beim Berliner Lokalanzeiger und zu den daraus für die ganze Tarifgemeinschaftsfrage sich ergebenden Konsequenzen?“

Es kann nicht Aufgabe des Gewerkschaftskongresses sein, in einer Angelegenheit, in der die Organisationsinstanzen noch nicht gesprochen haben, eine Entscheidung zu fällen. (Sehr richtig!) Die Briefschreiber haben sich an eine falsche Adresse gewandt. Gehe nicht die Organisationsinstanzen, das sind die Gewerkschaftskongresse und des weiteren die Generalversammlung des Deutschen Buchdruckerverbandes, gesprochen haben, kann, selbst wenn es sich um eine allgemein interessierende Frage handelt, der Kongress nicht entscheiden. Ich glaube, das im Einverständnis mit Ihnen feststellen zu können (Zustimmung), oder sind Sie anderer Meinung? (Wiesaches Mein!) Ich stelle fest, daß der Gewerkschaftskongress diese meine Meinung zu der seinigen macht und daß damit die Sache erledigt ist.

Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften.

Referent: J. Sassenbach-Berlin: Die deutschen Gewerkschaften haben von ihrer Begründung an versucht, auf ihre Mitglieder erzieherisch einzuwirken und ihnen die Kenntnisse zu vermitteln, die sie befähigen, mit Überzeugung und Überlegung den wirtschaftlichen und politischen Kampf zu führen. Nur der kann ein guter Mitkämpfer sein, der weiß, was er will. Besonders in den Zeiten der Krisis zeigt es sich, wie wertvoll die durch die Erziehungsarbeit bedingte klare Überzeugung in der Mitgliedschaft ist. Pressedorträge und Bibliotheken standen den Gewerkschaften zu diesem Zwecke zur Verfügung. Ohne Überhebung können wir sagen, daß das gewerkschaftliche Zeitungswesen auf hoher Stufe steht. Ständig ist an seiner Verbesserung gearbeitet, bedeutende Mittel sind aufgewandt worden und durch Anstellung besonderer Redakteure hat man den früheren Zustand beseitigt, daß der Verbandsvorsitzende oder Verbandskassierer so nebenbei die Zeitung zusammenstellen mußte. Damit soll nicht gesagt sein, daß auch hier nicht noch manches getan werden könnte. Das Vortragswesen hat großen und guten Einfluß geübt. Wie mancher Gewerkschaftler und auch wie mancher von uns ist durch die Vorträge in den Gewerkschaften zum erstenmal zum Nachdenken über wirtschaftliche Fragen angeregt worden. In den ersten Zeiten der Gewerkschaftsbewegung vor allem hatten die jungen Leute viel weniger als heute Gelegenheit, an anderen Stellen Anregungen zu empfangen. Die politischen Versammlungen kamen vielfach erst dann in Betracht, wenn die Gewerkschaft bereits vorgearbeitet hatte. Was in jener ersten Zeit den Vorträgen vielleicht an wissenschaftlicher Tiefe mangelte, wurde durch Begeisterung ersetzt, und begeistert wurden sie auch aufgenommen. Inzwischen sind die Ansprüche gestiegen und die Begeisterung ist vielfach einer natürlichen Überlegung gewichen. Die Arbeiterschaft hat sich im allgemeinen geistig höher entwickelt und verlangt auch nach besserer Kost. Was früher wirken konnte, wirkt vielfach heute nicht mehr, und daher mußte versucht werden, das

Vortragswesen zu heben. Das Bildungswesen kann für die Gewerkschaften nicht Selbstzweck sondern nur Mittel zum Zweck sein. Es kann sich für sie nicht darum handeln, die Lücken auszufüllen, die die Volksschule leider in den Elementarkenntnissen hinterlassen hat. Ihre Aufgabe ist es, die Mitglieder mit den Fragen des öffentlichen Lebens bekannt zu machen und sie als Kämpfer zu unterstützen. Immerhin sind auch Versuche gemacht worden, die Lücken der Elementarkenntnisse zu beseitigen, so in vielen Universitätsstädten durch die freie Studentenschaft. Diese Bestrebungen verdienen durchaus die Unterstützung der Gewerkschaften. Ebenso ist es angebracht, die Gewerkschaftsmitglieder auf die von der Arbeiterschaft gegründeten eigenen Bildungseinrichtungen aufmerksam zu machen, also auf Arbeiterbildungsschulen und freie Volkshöhen. Durch Agitation für diese von der Arbeiterschaft selbst geleiteten Bildungseinrichtungen können die Gewerkschaften mittelbar eine wirkungsvolle Bildungstätigkeit verrichten. Nun liegt dem Kongress ein nichtgedruckter Antrag vor, die Stenographie unter die Bildungsmittel der Arbeiter aufzunehmen. Eine solche Erklärung wäre durchaus schädlich. Die Stenographie ist eine schöne Kunst und sehr nützlich für alle diejenigen, die berufsmäßig viel zu schreiben haben. Was aber will der Arbeiter, der nur für eigene Bedürfnisse oder ab und zu auch im Dienste der Organisation eine Feder anzufassen hat, mit Stenographie? Es ist ihm viel dienlicher, wenn er ein gutes Buch liest. (Lebh. Zustimmung.)

Wie kann nun für bessere Vorträge gesorgt werden? Dadurch, daß an Stelle des heutigen sozusagen wilden Verfahrens ein systematisches Vorgehen tritt. Ich will damit durchaus nicht eine Zentralisation des Bildungswesens der Gewerkschaften vorschlagen. Es kann sich hier nur um Anregungen handeln, nicht um schablonenmäßiges Vorgehen. Solche Anregungen werden bereits jetzt gegeben durch den von der sozialdemokratischen Partei eingesehten Zentralbildungsausschuß und durch die Bildungsausschüsse an den einzelnen Orten. An den örtlichen Ausschüssen sind die Gewerkschaften sehr meist beteiligt. Ich möchte nun dringend wünschen, daß diese Teilnahme an allen Orten allgemein wird. (Sehr richtig!) Durch solches Mitarbeiterwerk wird die Arbeit der Ausschüsse gefördert und vielfach erst die Möglichkeit einer geeigneten Tätigkeit für sie gegeben. Natürlich müssen die Gewerkschaften im Bildungsausschuß paritätisch vertreten sein. Fernere Voraussetzung ist, daß Lehrgangsstände, die das Gebiet der Gewerkschaften berühren, auch im Sinne der Gewerkschaften vorgetragen werden. Wir haben keine Veranlassung, Veranstaltungen zu unterstützen, in denen den Arbeitern die Freude an den Gewerkschaften verkehrt wird. (Lebh. Zustimmung.) Es soll das nur eine vorbeugende Bemerkung sein, da das in letzter Zeit bestehende gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wohl einigermaßen die Sicherheit gibt, daß der gewerkschaftliche Standpunkt genügend berücksichtigt wird. Immer wird es sich darum handeln, gute Vortragskräfte zu besorgen. In kleinen Orten ist das nicht immer möglich, hier wird die Gesamtheit einzutreten haben. In den großen Orten aber muß mit dem bisherigen System gebrochen werden, erst im letzten Augenblick einen Referenten zu besorgen und diesen über ein beliebiges Thema reden zu lassen. Hier dürfte es sich empfehlen, für eine längere Periode die Vorträge festzulegen, etwa für ein halbes Jahr. Dann müßten die Vorträge so gewählt werden, daß sie sich ergänzen, ohne daß dabei das Verständnis irgend eines Vortrages erschwert wird, wenn der vorher gehaltene Vortrag nicht gehört wurde. Dagegen empfiehlt es sich nicht, in den Vereinsversammlungen geschlossene Vortragskurse zu veranstalten. Ist eine Organisation imstande, für sich allein etwas weiteres zu unternehmen, dann möge sie dies in besonderen Veranstaltungen tun. Solche Kurse gehen am besten von der gesamten Arbeiterschaft eines Ortes aus, von der gesamten Teilnahme von Partei und Gewerkschaften. Läßt sich das nicht ermöglichen, so könnte das Gewerkschaftskartell solche Kurse veranstalten.

Auch soweit es sich um Veranstaltungen zur Bildung der Jugend handelt, käme in erster Linie ein gemeinsames Vorgehen in Frage. Daß auf diesem Gebiete eine rege Tätigkeit der Gewerkschaften erwünscht und nötig ist, hat ja der vorübergehende Gewerkschaftskongress nachdrücklich betont. Vorträge sollen nicht als Mittel betrachtet werden, die Zeit totzuschlagen und die Versammlungen auszufüllen. Manchem Redner aber wäre es zu raten, die Zuhörer nicht durch allzulange Ausführungen abzuspannen. Die Wirkung der Vorträge wird erhöht, wenn am besten während der ganzen Versammlung kein Ausschank stattfindet. Es ist besser, statt der indirekten Entschädigung durch den Verbrauch von Getränken eine direkte Rente für das Lokal zu zahlen. (Sehr richtig!) Was in anderen Ländern möglich war, sollte auch in Deutschland einführbar sein. Es wäre noch zu überlegen, inwieweit die Generalkommission und die einzelnen Verbände durch Lieferung von Vortragentwürfen dem Bedürfnis von kleinen, an Rednern armen Orten entgegenkommen und längere Gewerkschaftler bei Vortragsversuchen unterstützen könnten.

Der erfreuliche Fortschritt der Gewerkschaften macht eine Menge Kräfte nötig, die nicht mehr in der alten Weise herangebildet werden können. Die älteren Gewerkschaftsfunktionäre sind mit den Organisationen groß geworden und allmählich in die immer größer werdenden Aufgaben der Gewerkschaft hineingewachsen. Wenn aber heute ein Mitglied einer Organisation in eine gewerkschaftliche Stellung hineingewählt wird, steht er sofort den ganzen komplizierten Aufgaben der jetzigen Gewerkschaftsbewegung gegenüber. Die Erkenntnis, daß hier die allmählich gewonnene praktische Erfahrung durch ein anderes Mittel ersetzt werden muß, hat nun die Gewerkschaften veranlaßt, die Unterrichtskurse in Berlin ins Leben zu rufen. Immer aber können nur verhältnismäßig wenige an diesen Kursen teilnehmen. Es ist daher zu überlegen, ob man nicht ein Stück weitergehen und auch den leitenden Genossen in den einzelnen Orten die Möglichkeit geben soll, sich eine bessere Spezialvorbildung für ihre gewerkschaftliche Tätigkeit anzueignen. Selbstverständlich kann es sich nicht um eine Vielseitigkeit wie in der Berliner Schule handeln. Man wird sich auf eine Behandlung direkt gewerkschaftlicher Fragen beschränken müssen. Die technische Regelung dieser Angelegenheit ist nicht schwer, würde aber immerhin einige Mittel beanspruchen. Soweit einzelne Orte nicht selbst etwas leisten können, würde die Generalkommission eingreifen müssen. In ungefähr sechs Vorträgen könnte ein weites Gebiet der gewerkschaftlichen Grundanschauungen behandelt werden. In großen Städten, in denen Vortragskräfte vorhanden, könnte sechs Wochen hindurch an einem bestimmten Wochentage ein Vortrag veranstaltet werden wie in ähnlichen zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten des Ruhrgebiets. An einzelnen Orten müßten in zwei oder drei Wochen an je zwei oder drei aufeinanderfolgenden Tagen die Vorträge stattfinden. Bei diesen Veranstaltungen, die ja einige Stunden dauern können, dürfte es sich nicht bloß um einen Vortrag, sondern auch um eine Aussprache handeln. So könnten aktuelle Fragen erörtert werden.

Auch in dem Bibliothekswesen haben die Gewerkschaften von Anfang an ihre Schuldigkeit getan. Aber ein Fortschritt gegen früher ist nicht erzielt worden. Der Posten des Bibliothekars ist in der Regel noch immer der unterste Posten in der ganzen Verwaltung. Das Bibliothekswesen darf nicht so betrieblen werden, daß in geistloser Weise die zufällig vorhandenen Bücher an die zufällig kommenden Mitglieder ausgegeben werden. Will man besseres leisten, so kommen die Fragen der Zusammenfassung der Bibliothek, ihrer Ergänzung, der technischen Verwaltung und der Propaganda in Betracht. Was die Zusammenfassung anlangt, so geht die Sache meist so vor sich, daß der Verband eine bestimmte Summe bewilligt, und die Beauftragten dann zu der örtlichen Parteibuchhandlung gehen und ziemlich wahllos einen Haufen Bücher zusammenkaufen. Es gibt eine Anzahl Favorit-

Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(96. Fortsetzung.)

Als Sie mich in D. sahen, kann ich beinahe vierzehn Jahre alt gewesen sein. Das Jahr zuvor hatte mein Vater mich an einen reichen Kuffen verkauft. In diesen wenigen Worten ist die Geschichte meiner Jugend enthalten. Ich fuhr fort zu sündigen, nicht, weil mich Leidenschaft oder Neigung trieb, sondern nur aus Eitelkeit, aus Lust am Schlechten, Gemeinen, Niedrigen. Es fehlte nicht an Verehrern, die ich, einen wie alle, verhöhte, denen ich Geschenke abzwangte, und über die ich mich, je vornehmer und reicher sie waren, desto lieber und ausgelassener lustig machte in vertrautem Umgang irgend eines fetten Schulknaben, eines Lehrlings, eines Jockeys. Mit sechzehn Jahren stand ich auf einer so niedrigen Stufe der Verderbtheit, daß ich kaum noch tiefer hätte sinken können. Dabei wurde ich immer schöner. Es scheint Naturen zu geben, die im Laster äußerlich gedeihen und sich nur kräftiger blühend daraus entfalten, wie manche üppige Frucht am goldensten und duftigsten aus Mist emporkommt. Ich ward angestaunt wie ein Wunder von Schönheit, Gewandtheit, Körperkraft, Bravour auf dem Seile und Korruption. Mehr als die vorhergehenden Eigenschaften brachte die letzte mich en vogue. Es gab einen förmlichen Wettstreit unter den Männern von Lon, jungen wie alten, wer zuerst und zumeist erproben sollte, wie weit meine Frechheit reichte. Wütten in diese Nacht und Finsternis eines verworfenen Daseins fiel ein Strahl des Lichtes und der Liebe: ein Engel, der Mitleid und Erbarmen gefühlte, weil so viel Schönheit und Geist — (das klingt Ihnen sehr anmaßend, nicht wahr? Dennoch habe ich ein Recht, es zu sagen) — im Rot untergehen sollte, führte mir ein Herz entgegen; ein Herz! Das einzige, was mir noch niemand geschenkt, niemand nur gezeigt hatte. Rohe, selbsttätige Begierde hatte mir Gold über Gold geboten, welches ich verachtete, nahm, verschwendete, um verachtet zu werden. Hier forderte beschiedene Liebe ein Herz für das feine, — und mit Schauder mußte ich entdecken, daß ich des Lausches unwürdig sei.

Der junge Mann, dessen Bekanntschaft ich in einer belgischen Stadt machte, war von Geburt ein Deutscher, nach seiner Eltern Tode von einer hier verheirateten, kinderlosen Tante aufgenommen worden und stand im Begriff, seine Studien als Physiker, Chemiker, Techniker zu vollenden, wonach er eine Stellung in Brüssel oder gar Paris zu finden suchte. Er sah mich und sagte für mich jene glühende Passion, die mit verderblicher Gewalt sich bisweilen eines

jungen Mannes um so furchtbarer bemächtigt, wenn er selbst noch ganz unverdorben ist. Da er keinen Begriff haben konnte von meiner Schlechtigkeit, weil er überhaupt nicht zu ahnen vermochte, daß es Teufel meiner Gattung in dieser Gestalt und in so zarter Jugend auf Erden gebe, ließ er kein Mittel unversucht, sich mir zu nähern. Ich, seine Schüchternheit durchschauend, kam ihm stumm entgegen, war schlaug genug, ihn über mich und meine Eigenschaften zu täuschen, spielte die Vorwurfsfreie, die nur aus Liebe für ihn sich schwach zeigte, und schloß auf diese Art ein Bündnis, welches ihn beglückte, welches er für ein unauf lösliches betrachtete. Dies tat ich, weil ein solches Spiel mir neu war; anfänglich ohne tiefere Empfindung. Ja, ich verspottete seine Leichtgläubigkeit, indem ich ihm Treue schwur. Aber das dauerte nicht lange. Der wahren, aufrichtigen Feuerluft heißer Liebe widersteht fühllose Härte zuletzt doch auch nicht. Während ich noch wählte, dies Verhältnis zu beherrschen und ihn von mir zu stoßen, sobald es mir nötig scheinen würde, war Reinhard schon der Herr meines Willens geworden. Ich ging ernstlich mit mir zu Räte, und ich entdeckte, daß ich für ihn empfand, was ich noch nie empfunden. Zuerst erschrak ich vor mir und meinen Gefühlen; ich sah doch meine wilde Freiheit gefährdet! Ich wollte mich losreißen; ich versuchte, ihm untreu zu werden. Vergebliche Mühe! Die Wahrheit brach durch, das Reich der Lüge war zerstört, die Sünde lag bloß und nackt in ihrem Schlamme zu meinen Füßen — ich gehörte ihm! Doch zugleich begriff ich, daß ich seiner Achtung, seiner Treue, daß ich seiner nicht würdig sei! Und dies durfte ich ihm nicht verschweigen. Der Arme! Wie bleich und erschütterter stand er vor mir, als ich meine Bekanntschaft ihm ablegte, als ich ihm enthüllte, wen er Geliebte nenne! Mein, ich schonte mich nicht. „Tritt mich in den Rot, aus dem du mich erhaben hast!“ rief ich ihm zu; „wirf mich zurück in den Pfuhl, dem ich entfliehen bin, deine reine Seele durch den Hauch dieses Atems zu befeuchten; töte mich, — aber verzeihe mir!“ Und er hob mich auf und sagte nur: „Was du warst, bevor du mich kanntest, darf ich nicht richten, noch verdammen; die Frage ist nur, was du warst, seitdem ich dich liebe, was du würdest, seitdem du mich liebst; was du sein wirst und willst, so lange wir uns lieben werden. Und deshalb frage ich dich: bist du mir treu gewesen von der Stunde an, wo du mein warst? Willst du mir treu sein und bleiben, aus freiem Herzen und freiem Willen, bis zum Tode? Und kannst du diese Frage mit einem entschiedenen Ja beantworten, jetzt, zu dieser Stunde, so werde ich um so sicherer an dich glauben, je ungeheurer deine freiwilli-

gen Geständnisse sind; werde um so fester an dir halten, je höher du dich zu erheben vermochtest durch deine und meine Liebe. Trennen von dir kann ich mich nicht mehr. Erwiderst du nein, dann sprichst du mein Todesurteil, doch sterbend will ich dich noch segnen, daß du die Wahrheit gesprochen. Kannst du ja sagen, dann ist es unser beider Leben.“

Ich sagte ja! Ich durfte es sagen mit gutem Gewissen. Mein Vater sah die Liebhaft, die seine „einträglichste“ Tochter mit einem unbemittelten Studenten unterhielt, nicht günstig an. Noch ungnädiger mußte eine Geliebte, die sich allabendlich auf dem Seile schwang und ihre Reize unweiblich zur Schau trug, Reinhard's religiösen, bürgerlichen Verwandten erscheinen. Gedrückt, gescholten, gestört von beiden Seiten, entschlossen wir uns zur Flucht. Reinhard hatte schon früher mancherlei Versuche gemacht, sich gewagten Theorien hinzugeben, die Luftschiffahrt betreffend. Einem Charakter von seiner Energie war das Bücherleben stets lästig gewesen. Ihn trieb es, zu wagen, zu gewinnen! Ein bestimmter Zweck nur hatte ihm gefehlt, nach außen zu streben. Dieser zeigte sich nun. Er durchbrach seine Ketten, ich die meinigen, wir entwichen miteinander. Was wir an Geld und Geldeswert besaßen, wurde verwendet, um seine Pläne auszuführen. In einer französischen Grenzstadt, wo wir einen stillen Zufluchtsort gefunden, begann und vollendete der in allen mechanischen Geschicklichkeiten geübte Reinhard seinen großen Luftballon, mit vielfältigen neuen Verbesserungen ausgestattet, die er selbst erdachte. Seine erste Probefahrt unternahm er, ohne sie vorher öffentlich anzukündigen. Da sie über alles Erwarten günstig ausfiel, ließ er ihr bald eine zweite folgen, welche ein ansehnliches Publikum versammelte und uns eine gute Einnahme brachte. Von nun an schenken uns alles gelingen zu wollen. Wir durchreisten ganz Frankreich, England, und in allen Städten erntete Reinhard Geld und Ruhm. Die Besorgnisse, die ich anfänglich gehegt, wenn ich ihn sein Leben einem so gebrechlichen, dünnen Fahrzeuge anvertrauen sah, schwanden gänzlich durch die Macht der Gewohnheit. Wie zu einem Spaziergange durch Feld und Flur sah ich ihn zu jeder neuen Fahrt sich rüsten, winkte ich ihm lächelnd „viel Vergnügen“ nach, wenn er von mutiger Freude strahlend emporstieg. Ich liebte ihn mit einer Frigidität, die sich durch Worte nicht beschreiben läßt; ich lebte nur in ihm, nur in meiner Anhänglichkeit für ihn. Seine Sanftmut legte meinen ibleh Gewohnheiten den mildesten Zwang auf. Ich besserte mich, wurde gut, weil es mich glücklich machte, ihm zu gehorchen, ihm nachzutreiben. Ich glaube nicht, daß auf dieser Erde noch zwei Menschen leben, die so alltäglich miteinander sind, wie ich mit ihm war.

Bücher, die immer gekauft werden und den verschiedenen Bibliotheken einen einseitigen Charakter geben, der besonders bei späteren Zusammenlegungen in die Erscheinung tritt. Außer diesen Favoritbüchern wird vielfach genommen, was gerade da ist.

Das vom Zentralbildungsausschuß herausgegebene Musterverzeichnis und die von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend herausgegebene Zusammenstellung für Jugendbibliotheken hat ja vieles gebessert. Leider wird von diesen Hilfsmitteln noch nicht genügend Gebrauch gemacht. Bei einer Neuherausgabe des Verzeichnisses des Bildungsausschusses werden die Herausgeber jedenfalls gern bereit sein, der gewerkschaftlichen Literatur weitgehendst Platz einzuräumen. Diese gewerkschaftliche Literatur, zum Teil auch die, die nicht unserem Standpunkte entspricht, muß in die Gewerkschaftsbibliotheken hinein. Auch die Unterhaltungs-literatur verdient, soweit es sich um gute Bücher handelt, durchaus Berücksichtigung. Der Bibliothekler muß laufend Mittel zur Verfügung stehen, sie darf nicht nur eine Sammlung alter Bücher sein. Zentralbibliotheken für die gesamte Arbeitererschaft eines Ortes mit genügenden, in den verschiedenen Stadtteilen gelegenen Ausgabestellen sind der Zersplitterung durchaus vorzuziehen. Bei den größeren Bibliotheken spielt die technische Einrichtung eine große Rolle. Auch hier müßten sich unsere Bibliotheken die modernen Errungenschaften und die verschiedenartigen Hilfsmittel für das Bibliothekswesen zunutze machen. Die Literaturbeilage des Korrespondenzblattes muß so ausgebaut werden, daß sie zu einem Ratgeber der Bibliothekare bei der Einrichtung, Ergänzung und Verwaltung der Bibliotheken wird. Vor allem müssen die neu erscheinenden Bücher besprochen werden, um geeignetes Material für die Bibliotheken zu entdecken. Schon jetzt leistet die Zeitschrift „Der Bibliothekar“ wertvolle Arbeit, aber das „Korrespondenzblatt“ bringt in alle Gewerkschaftsteile. Ihm stehen auch Sachkenner auf den verschiedenen Wissensgebieten zur Verfügung.

Redner legt folgende Vorschläge vor:

1. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Mitglieder mit Fragen des öffentlichen Lebens bekannt zu machen und ihnen Kenntnisse zu vermitteln, die geeignet sind, sie als Menschen zu heben und als kämpfende Arbeiter in ihren Kämpfen zu unterstützen. Die Erweiterung der Elementarkenntnisse der Volksschule ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften. Wo von dritter Seite solche Versuche gemacht werden, sollen sie durch die Gewerkschaften gefördert werden.

2. Die Vorträge in den Gewerkschaftsversammlungen sind systematischer zu gestalten. Es wird empfohlen, die Vorträge für eine längere Zeit vorher festzulegen. Bei dem Wechsel der Mitglieder erscheint es nicht angängig, in den regelmäßigen Versammlungen Vortragskurse zu veranstalten, dagegen ist zu empfehlen, daß die Vorträge eines halbjährs zueinander in Beziehung stehen. Soweit einzelne Organisationen imstande sind, für sich selbst Vortragskurse zu veranstalten, möge dieses außerhalb der regelmäßigen Versammlungen geschehen.

3. Die Veranstaltung von Vortragskursen, die allen Gewerkschaftsmitgliedern zugänglich sind, wird den örtlichen Bildungsausschüssen überlassen. In Ermangelung eines solchen kann das Gewerkschaftskartell Vortragskurse veranstalten. Voraussetzung der Beteiligung am Bildungsausschuß ist, daß die Gewerkschaften in ihm, ihrer Stärke entsprechend, vertreten sind und daß diejenigen Lehrgegenstände, die das Gebiet der Gewerkschaften betreffen, im Sinne der Gewerkschaften vorgetragen werden.

4. Den Gewerkschaftsfunktionären an den einzelnen Orten soll durch Vortragskurse, die das Gewerkschaftskartell veranstaltet, eine genaue Kenntnis der gewerkschaftlichen Grundzüge vermittelt werden.

5. Die Literaturbeilage des Korrespondenzblattes ist so auszugestalten, daß sie den Bibliothekaren bei der Einrichtung, der Ergänzung und technischen Verwaltung der Bibliotheken als Ratgeber dienen kann.

6. Im einzelnen werden beim Bibliothekswesen folgende Grundzüge anerkannt:

a) Zentralbibliotheken der gesamten Arbeitererschaft eines Ortes mit genügenden, in den verschiedenen Stadtteilen gelegenen Ausgabestellen sind der jetzigen Zersplitterung vorzuziehen.

b) Wo die Möglichkeit besteht, einen Bibliothekar anzustellen, ist dieses anzustreben. Bei der Wahl des Bibliothekars ist darauf zu sehen, daß er nicht allein imstande ist, die technischen Arbeiten zu erledigen, sondern daß er auch ein literarisches Verständnis hat und es versteht, in freundlicher und angemessener Weise den Besuchern bei der Auswahl von Büchern behilflich zu sein.

c) Die Ergänzung der Bibliothek hat regelmäßig und laufend zu erfolgen. Dem Bibliothekar in Gemeinschaft mit der Bibliothekskommission ist im voraus ein Jahreskredit zu bewilligen, innerhalb dessen sie aus eigenem Entschluß neue Bücher anschaffen können.

d) Der Gewerkschaftsliteratur ist mehr Platz einzuräumen.

e) Gute Unterhaltungslektüre ist geeignet, anregend auf den Leser zu wirken. Hier dürfte es sich empfehlen, die neuere Literatur mehr als bisher zu berücksichtigen.

Redner schließt: Mit diesen Vorschlägen ist der Leiter des Bildungsausschusses der Partei, Genosse Heinrich Schulz, mit dem ich sie während des Kongresses besprochen habe, vollständig einverstanden, wünscht aber einige kleine Änderungen. Im ersten Absatz vorletzte Zeile soll das Wort „sollen“ durch „können“ ersetzt werden, im Absatz 3 soll statt „ihrer Stärke entsprechend“ „in paritätischer Weise“ gesagt werden, und im selben Absatz soll es in der vorherigen Zeile statt „berühren“, „behandeln“ heißen. Ich bin mit diesen Änderungen einverstanden und füge auf Wunsch des Genossen Schulz noch als Punkt 4 a ein:

Den Gewerkschaften wird empfohlen, den künstlerischen Bedürfnissen ihrer Mitglieder in geeigneter Weise Rechnung zu tragen.

Ich bin mir wohl bewußt, daß es mir nicht möglich war, neue Wege zu weisen. Es kann sich immer nur darum handeln, die vorhandenen Pfade in bescheidener Weise auszubauen. Aber auch damit, hoffe ich, kann der Arbeiterbewegung ein Dienst geleistet und zu ihrem weiteren Fortschritt beigetragen werden. (Lebhafter Beifall.)

Es ist folgender Antrag eingegangen, den Vorschläge als Absatz 4 zuzufügen: „In den Orten, wo gemeinsame Bildungsausschüsse bestehen, ist diese Materie in den von diesen mit veranstalteten Kursen mitzubehandeln.“

Die Diskussion.

Heinrich Schulz-Berlin (Zentralbildungsausschuß): Ich gebe meiner Freude darüber Ausdruck, daß Sassenbach in seinen Vorschlägen die ihm von mir vorgeschlagenen Änderungen aufgenommen hat, so daß ich meine volle Zustimmung zu den Vorschlägen erklären kann. Vor allem ist dem Bildungsausschuß die Zentralisation auch für Partei- und Gewerkschaftsveranstaltungen nötig. Es können ja in den gemeinsamen Bildungsausschüssen Gewerkschaften die Arbeit für den gewerkschaftlichen Zweig der Bildungstätigkeit besorgen. Zu der in den Vorschlägen enthaltenen Veranbarung, daß der Unterricht stets im Sinne der Gewerkschaften zu erfolgen habe, liegt gar kein Grund vor. Aber durch die von Sassenbach vorgeschlagene redaktionelle Änderung ist mein Bedenken, als ob eine Einschränkung der Meinungsfreiheit eintreten sollte, beseitigt. Wir sind schon daran, auch die gewerkschaftliche Literatur in unseren Hinweisen und Katalogen gleichmäßig zu berücksichtigen. Wir haben Regiens Buch über die Gewerkschaften schon empfohlen, ehe es vorlag. (Geisterkeit.) Wir haben den Verlag gedrängt, es schon herauszubringen. Besonders freudig begrüße ich Sassenbachs Auffassung, daß auch die Bildungsarbeit dem Befreiungskampf der Arbeiter zu dienen hat. Je mehr er hat, je mehr er will, nie schweigen seine Klagen still. Das gilt noch ganz anders für den heutigen Arbeiter als in jenem harmlosen Sinne des Dichters. Lassen wir den Arbeiter auch blicken in das weite und heitere Reich der Kunst und nützen wir auch die Bildungsarbeit zur Schaffung einer freien Gemeinschaft der Arbeit. (Lebh. Beifall.)

Blögg-Leipzig begründet seinen Antrag. Alle neuen Bestrebungen gelangen notwendigerweise auf die Bahn der Zentralisation. In den Vorschlägen hätte die grundsätzliche Forderung alkoholfreier Vortragslokale stehen sollen, so wichtig ist dies. In Leipzig arbeiten die Bibliotheks-

kommissionen musterhaft zusammen, so daß sich eine Anstellung von Bibliothekaren auf länger hinaus erledigt. Der einheitlichkeit der Kurse sollten alle örtlichen Bildungsausschüsse und Kartelle anstreben. Das gemeinsame Vorgehen von Bildungsausschuß und Generalkommission wirkt sehr nützlich.

Diemer-Berlin (Gemeinbearbeiter): Die Fluktuation der Mitglieder in den Bildungsveranstaltungen ist gar nicht so schlimm. Ein Stamm Mitglieder kommt immer wieder. Diese wollen aber auch nicht immer das Gleiche hören. Auch ich sehe keinen Grund zu den Worten von „gewerkschaftlichen Sinn“. Die Arbeiterfeste sind noch lange nicht auf der Höhe. Es fehlt häufig an der pädagogischen Leitung. In der erweiterten Literaturbeilage des Korrespondenzblattes sollten die Buchbesprechungen doch ausführlicher sein; sie sollen kein bloßes Werturteil, sondern eine referierende Weitergabe sein. Von einer Propaganda für Lokalmiete statt Trinkzwang ist fast nichts zu merken. Könnte die Generalversammlung nicht Leuten veranlassen, auf Grund seiner Vorträge ein Buch über die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu schreiben? Auch das statistische Material der Generalkommission, in dem ungeheure Arbeit steckt, sollte mehr für Vorträge auseinander geklaubt werden. Die Pflege der Geschichte und Kulturgeschichte kann sehr viel zur Vertiefung beitragen. Trotz Heinz Sperber, der sich da im Vorwärts betätigt, können wir sehr viel aus der bürgerlichen Literatur lernen.

Umbreit-Berlin (Generalkommission): Hier ist zu wenig Aufmerksamkeit für diese wichtige Frage der Durchbildung unserer neu gewonnenen Hunderttausende zu konstatieren. Die in den Vorschlägen geforderte Ausgestaltung des Korrespondenzblattes war auch die maßgebende Erwägung für die Schaffung der Literaturbeilage. Aber alle Einrichtungen müssen sich erst entwickeln. Es ist außerdem schwierig, gerade hierfür Mitarbeiter zu gewinnen. Wir sind wissend, die Literaturbeilage auszugestalten durch Verdoppelung des Umfangs auf 16 Seiten. Da sollen Einführungen in das Bibliothekswesen gegeben werden, Musterbibliotheken sollen empfohlen werden, aber damit soll keineswegs die Einheitsbibliothek überall eingeführt werden. Unbedingt notwendig ist es, daß von allen Publikationen der Gewerkschaften die drei Exemplare an uns geschickt werden, damit die Generalkommission die Bücher vollständig ist. Ganz vorzügliche Anleitungen zu Referaten bringt die Wiener „Bildungsarbeit“, das wollen auch wir in der Literaturbeilage anstreben. Das Blatt „Der Bibliothekar“ ist von allen Gewerkschaften zu unterstützen. Fördern Sie auch mehr wie bisher die Tätigkeit der Redaktion, namentlich durch kräftige Mitarbeit. (Beifall.)

Barthel-Friedrichshagen (Lithograph): Die Arbeiter sind in ihrer Ausbildung ganz auf sich selbst gestellt. So nützlich die Stenographie ist, so gehört ihr Unterricht doch nicht in die Bildungsprogramme. Unsere Organisation war eine der ersten, die planmäßig Bildungsarbeit geleistet hat und die Entwicklung des Menschengeschlechts, dann die der Welt- und Geschichtsauffassungen unseren Mitgliedern vorgeführt hat. Immer schlossen sich unsere Kurse folgerichtig an das Vorhergegangene an. Die aus gelernten Arbeitern bestehenden Gewerkschaften müssen schon im Interesse ihrer Mitglieder die fachliche Bildung pflegen. Ein fachlich tüchtiger Arbeiter kann dem Unternehmer gegenüber ganz anders auftreten, eine fachliche Bildung pflegende Gewerkschaft hat ein ganz anderes Ansehen. Gerade in unseren Jugendorganisationen findet die Fachbildung besonderen Anklang. (Bravo!)

Die Diskussion schließt. Sassenbach-Berlin (Schlußwort): Vorhin beglückwünschte mich ein Genosse zu meiner Haltung zur Stenographie und hat mich, doch auch das Esperanto totzuschlagen. (Geisterkeit.) So reaktionär will ich aber nicht sein. Den Antrag Blögg bitte ich abzulehnen. Er hat mit den Absätzen 3 und 4 der Vorschläge gar nichts zu tun. Die Kurse für Funktionäre sollen nicht nur Vorträge, sondern auch Ausdrücke bringen. Sie sollen das Verständnis für unser Taktik fördern. Sie müssen nach ihrer Natur geschlossen sein. Der Antrag Blögg wird abgelehnt. Die Vorschläge des Referenten werden mit einigen von ihm beantragten Änderungen, namentlich betreffend die Befreiung der künstlerischen Bedürfnisse, einstimmig angenommen.

Die Wahl der Generalkommission.

Horn-Bochum (Bergarbeiter) berichtet namens der Wahlkommission. Abgegeben wurden 309 Stimmzettel, fünf davon waren ungültig.

Geurts wurde mit 348 Stimmen, Bauer mit 342, Silbermann mit 346, Schmidt mit 338, Rube mit 338, Cohen mit 309, Hübsch mit 294, Sassenbach mit 296, Sabbath mit 293, Schumann mit 274, Knoll mit 263 und Böblin mit 260 Stimmen.

Ferner erhielten: Sachse 169, Drunsel 162, Käppler 97, Bruhns 63, Mohs 43, Thiede 39 und Jakobiet 36 Stimmen.

Zwischen Sachse und Drunsel muß Stichwahl stattfinden, da keiner von beiden die absolute Mehrheit erlangt hat. Die Stichwahl ergibt die Wahl von Sachse mit 227 Stimmen, Drunsel erhält 127 Stimmen, 1 Stimmzettel war leer.

Es folgt die Beratung über folgende

Resolution der Tabakarbeiterverbände:

Infolge der steuer- und zollpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung ist die Tabakindustrie, die sowieso schon über alles Maß belastet war, abermals schwer geschädigt worden. Durch diese erneute Schädigung der Industrie ist über die Tabakarbeiter Deutschlands, die ohnehin schon ein färgliches Dasein führen mußten, unfaßliches Elend herbeigeführt worden. Die Fabrikanten suchten die neuen Lasten durch Lohnabzüge auf die Arbeiter abzuwälzen und brüchten dadurch die Lebenslage der Tabakarbeiter auf das niedrigste Niveau. Den Tabakarbeitern wurde dadurch die Möglichkeit auf eine halbwegs anständige Existenz genommen.

Mit Rücksicht auf diese Maßnahmen der Regierung und der Tabakindustrie gegen die Tabakarbeiter fordert der 8. Gewerkschaftskongreß die Arbeiter ganz Deutschlands auf, dahin zu wirken, daß nur Waren von treuen Firmen der Tabakindustrie gekauft werden. Der Gewerkschaftskongreß empfiehlt im übrigen den deutschen Arbeitern, den Kampf des Tabakarbeiterverbandes gegen Regierung und Unternehmer zu unterstützen.

Riesle-Berlin (Tabakarbeiter): Unsere Resolution ist ein Notruf! Sie kennen die unerhörten Drangsalierungen, denen die Tabakarbeiter durch die Politik der Regierung ausgesetzt worden sind. Die Situation der Tabakarbeiter spottet aller Beschreibung. Wir sind das Opfer des Moloch Militarismus geworden. Sie können uns viel helfen, ich wende mich namentlich an die Berliner Delegierten. In vielen Arbeiterlokale werden Waren geführt, die unter den Minimallohn hergestellt sind. Die von den sozialdemokratischen Gastwirten in Berlin, Köln usw. gegründete Einkaufsvereinigung hat, ich muß das leider aussprechen, in dem Ausbeuterorgan „Süddeutsche Tabakzeitung“ nach Waren inseriert, und gerade in Süddeutschland werden doch die elendesten Löhne in der Tabakindustrie gezahlt. Sie können nicht wollen, daß die Tabakarbeiter noch weiter her-

eine freie Fläche zu gewinnen bevor wir den Boden erreichten, wurde aller Ballast ausgeworfen, doch vergebens. Die Erleichterung der Last stand in keinem Verhältnis zur Abnahme der tragenden Kraft; diese wurde von Augenblick zu Augenblick geringer; unser Fallen glich beinahe einem Sturze; mir vergingen fast die Sinne, Reinhard behielt vollkommene Fassung. Er band sich das Ende eines Strickes, nachdem er das entgegengesetzte an die Gondel befestigt, um den Leib, er sah den Moment, wo wir eine Lücke im Walde unter uns hatten, sprang tollkühn hinab, erreichte mit seinen Füßen glücklich den Erdboden und wendete jetzt alle Kräfte an, den Ballon bis zum nächsten Baume zu zerrn, an dessen Stamm er sich klammerte und sodann den Strick befestigen wollte. Doch er hatte nicht berechnet, daß von dem Gewicht seiner eigenen Schwere befreit, das zerrissene Gewebe sich noch einmal erheben könne. Dies geschah, und mit so tödtlicher Gewalt, daß der Unglückliche in fruchtlosem Widerstreben vom Boden aufgezogen wurde. Ich streifte über die Wipfel der hohen Bäume hin und zerrte den gemißhandelten Leib meines Geliebten hinter mir her; ehe ich noch mit blutenden Fingern den Knoten gelöst, den er in seiner Todesangst für mich doppelt fest um die Gondel geschlungen, war sein Haupt schon zerstückt an den Ästen der starren, süßlosen Bäume. Die Gondel blieb in den Zweigen hängen. Ich kletterte hinab. Ich band den Leichnam los. Ich warf mich über ihn...

Das übrige ergibt sich von selbst. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, hoffe ich, warum ich die Luftschiffererei fortsetze. Die Leute wähen, weil es ein einträgliches Gewerbe sei für eine so junge, schöne Witwe. Was kümmern mich die Leute? Sie haben gesehen, wie gering ich das Geld achte. Ich wage mein Leben in der Erinnerung an den, der auf diese Weise das einige verlor; ich wünsche zu sterben gleich ihm. Ich denke nur seiner, wenn ich, abgesehen von diesem Erdgewühl, hoch über Eurem Jammer in den Lüften haufe. Dann glaube ich seine Nähe zu fühlen, und eines Tages, meine ich, wird er kommen, mich zu sich zu rufen. Vor den Menschen zeige ich mich lustig, fast, vielleicht frech! Warum soll ich mich dem Gesindel zeigen, wie ich bin? Sie verstehen mich nicht; ich habe als Kind schon gelernt, jung und alt zu verachten. Daß ich Ihnen mein Herz geöffnet... kaum weiß ich selbst, warum. Vielleicht verdienen Sie's nicht? Doch es ist geschehen! Und nun leben Sie wohl. Ich danke Ihnen noch einmal für Ihren Beistand; er war mir willkommen. Denn, suche ich schon den Tod, liegt doch in solchen Augenblicken immer wieder des Lebens eingeborener Trieb. Auch will ich nicht unten, nicht auf dem schlichten Erdboden enden. Mein Reich ist die freie Luft. Hört Gott mein Gebet, dann sendet er mir einen seiner Blitze, der mich in Feuer hüllt, wenn um mich her die schwarzen Wolken trachen. - Viel Glück, Bagabund, auf die Reise! Jetzt gehe ich schlafen.

(Fortsetzung folgt.)

Wir waren nie getrennt, auch nicht auf Viertelstunden, außer wenn er in die Luft flog. Und daß ich, während er die blauen Räume durchflog, auf der Erde weilen mußte, ohne ihn, blieb die einzige Einwendung, die ich gegen seine Wagnisse vorzubringen wußte. Ich beneidete die Vögel, durch welche er drang, ich fühlte Eifersucht gegen die Adler, die sich ihm nähern durften. Da schlug er mir vor, ihn zu begleiten, halb scherzend, und war nicht wenig erstaunt, als ich seinen Vorschlag feurig ergriff. Er durfte sein Anerbieten nicht mehr zurücknehmen, ich ließ ihm keine Ruhe. Wir gingen ohne Aufschub an die Arbeit, einen zweiten größeren Ballon zu bauen; schon der nächste Sommer fand uns bereit, die gemeinschaftliche Reise anzutreten. Ich zählte vor Ungeduld Stunden und Minuten; der Gedanke, mit ihm vor aller Blicken mich erheben, mir sagen zu dürfen, er ist dein, du bist sein, und so schwebt ihr, ein seltsames Paar, zu den Sternen hinauf, machte mich schon im Voraus rajend vor Entzücken. Wenn ich dabei wider Willen an Gefahr denken mußte, so dachte ich nichts als meinen - unseren Tod. Und Tod mit ihm! -s konnte das andere sein als Leben? Ich fürchtete nicht den Tod an Reinhard's Seite; ich forberte ihn höhnisch heraus... und er übte die furchtbarste Rache.

Wir stiegen vor einer unermeßlichen Schar von Gaffern, die dem jugendlich schönen Paare laute Bewunderung zollten. Im Augenblicke, wo man die Stricke losließ, und der umfangreiche Luftballon sich mächtig hob, umschlang ich mit dem linken Arm den Geliebten, mit dem rechten schwenkte ich über den Rand der Gondel hinaus eine Fahne, wie triumphierend über unser Glück.

Obwohl wir mit ungemeiner Schnelligkeit emporflogen, regte sich doch in mir nicht eine Spur von Besorgnis; je höher wir drangen, desto wohler fühlte ich mich, und in diesem Gefühl überließ ich, daß Reinhard unrühig, ja ängstlich wurde. Endlich aber konnte mir trotz meiner übermäßigen Stimmung nicht länger entgegen, wie er sich vergebens bemühte, das Ventil, welches hoch oben am Ballon angebracht ist, zu öffnen. Auf meine Frage wozu, erklärte er mir, der Ballon sei zu hart gefüllt, es habe ein Versehen stattgefunden, und nun könne er die Klappe, durch welche der Überfluß an Gas ausströmen solle, nicht öffnen, weil die Schüre sich verwickelt hätten. Was kann uns geschehen? fragte ich, ohne mit der Stimme zu bebren.

Wir stiegen immer höher, sprach er, und indem er sich zu trüblichem Lächeln zwang, fuhr er fort: „Möglicherweise gelangen wir in die Sonne!“ - „Laß uns im Monde bleiben,“ rief ich ihm zu, „der Mond ist der Stern der Liebe!“ - doch kaum hatte ich diese Worte gesprochen, als auch schon unser Flug gehemmt schien, und wir zueilt langsam, dann immer schneller sanken. Ich sah Reinhard forschend an. Er wies nach oben - der Ballon war geberstet, durch einen großen Riß entleerte er sich ungläubig schnell.

Wir schwebten über einer öden, menschenleeren Waldstrecke. Um diese zu vermeiden und womöglich

untergeordnet werden. Ich appetiere an die Solidarität aller Gewerkschaftsmitglieder, unserem schweren Kampf dadurch beizustehen, daß sie solche Produkte nicht kaufen. (Beifall.)

v. G. (m. Hamburg): Leider kaufen die Arbeiter mit Vorliebe die billigsten Tabakprodukte. Die 4-Pfg.-Zigaretten, die in Sachsen noch gekauft werden, können gar nicht zu Tariflöhnen hergestellt werden. Wenn die Arbeiter die Organisation der Tabakarbeiter fördern wollen, dann dürfen sie solche Produkte nicht kaufen. Wir haben auf diesem Kongreß beschloffen, daß nichttarifmäßig entlohnte Arbeit durch Kauf ihrer Produkte nicht unterstützt werden darf. Kontrollieren können die Arbeiter aber nur Genossenschaftsarbeit. Wer also solche ganz billige Zigaretten kauft, unterstützt die Schwitz-, Heim- und Zuchthausarbeit. (Zustimmung.)

Die Resolution wird darauf einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung des Kongresses erschöpft.

Vorsitzender Schlichte (Metallarbeiter): Genossen und Genossinnen! Vor uns liegt heute eine Jubelnummer des Kupferhämmerers. Ich glaube im Namen des Kongresses zu handeln, wenn ich unserem kleinen Bruder, dem Kupferschmied (Heiterkeit), die herzlichsten Glückwünsche des Kongresses übermittle und den Wunsch ausspreche, daß es ihm gelingen möge, durch Organisation der Arbeiter seines Berufs dazu beizutragen, die Gewerkschaftsarmee Deutschlands zu stärken. Weiterer Dank gebührt dem Lokalkomitee für seine Arbeiten vor und während des Kongresses. Mancher Delegierte mag Unmut darüber empfunden haben, daß er am Ziel seiner Reise hierher die Wohnungsfrage unfreiwillig studieren konnte. Aber dieser Unmut darf sich nicht gegen das Lokalkomitee richten, sondern gegen die Verhältnisse. Heute am Schlußtage haben wir es nicht zu beklagen, daß der Kongreß gerade am Ausstellungsorte, in Dresden, abgehalten wurde. (Bravo!) Wir danken der Arbeiterschaft Dresdens für ihre Veranstaltungen, für ihre warme Aufnahme und den Empfang, den sie uns bereitet hat. Wenn irgendwo bewiesen worden ist, daß die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung ein Stück Kulturarbeit leistet, so hat es die Arbeiterschaft Dresdens bewiesen. (Beifall.) Der Kommerz war ein berechtigtes Zeugnis dafür, und wir bedauern nur, daß nicht noch mehr Arbeiter von Dresden und Umgebung an dem Kommerz teilnehmen konnten. (Sehr richtig!) Unser Dank gebührt aber auch der Arbeiterschaft über Dresdens Grenzen hinaus. Ich erinnere an das Arrangement des Ausflugs in die Sächsischen Schweiz. Das Marktfest legte uns Süddeutschen den Gedanken nahe, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Mainlinie etwas nordwärts zu verschieben. (Lebh. Heiterkeit und Beifall.) Die Veranstaltungen, die unsere Genossen da getroffen hatten, die Beleuchtung der Elbufer, wird lange in unserem Gedächtnis bleiben, und die Aufnahme, die uns die Arbeitervereine der Stübnerstädte bereitet haben, legt Zeugnis dafür ab, mit welchem Vertrauen die Arbeiterschaft dieser Gegend ihren gewerkschaftlichen Vertretern entgegenkommt. Das war eine Demonstration, die aller Welt gezeigt hat, daß Massen und Führer eins sind. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Wohl alle von uns haben die Ausstellung besucht und wir können nicht bestreiten, daß sie instruktiv ist, aber wir vermissen an dieser Ausstellung die Erklärung des Gebotenen und die Hinweise darauf, was notwendig ist, um die Ursachen und Folgeerscheinungen des Ausgestellten zu beseitigen. (Sehr richtig!) Das, was wir auf der Ausstellung nicht zum Ausdruck bringen konnten, haben wir hier reichlich nachgeholt. In würdiger und sachlicher Form hat der Kongreß darauf hingewiesen, welche Schritte notwendig sind, um die gesundheitlichen Gefahren für das gesamte Volk einzuschränken oder soweit möglich, ganz zu beseitigen. Mit der Hygiene stand unsere Tagesordnung in bedeutend engerem Zusammenhang als manche Veranstaltung auch der Hygiene-Ausstellung selbst. (Weitere Zustimmung.) Ich möchte betonen, daß wir in gedrängter Kürze kein Wort zu wenig, aber auch keins zu viel über all diese Angelegenheiten gesprochen haben. Wir haben aber auch darüber sprechen müssen, daß nicht nur unser natürlicher Gegner, das Unternehmertum, sondern auch der angebliche Sachwalter aller Staatsbürger unseren Bestrebungen nicht nur nicht willfährig, sondern feindlich gegenübersteht. Wir haben uns bei unserer Arbeit auf das Notwendigste, auf das Nötigste beschränkt. Es war schon von jeher Usus, nicht nur in den deutschen Gewerkschaften seine Meinung durch Resolutionen zum Ausdruck zu bringen. Der Gehalt der Resolutionen dieses Kongresses ist aber nicht zu bestreiten in Anbetracht des Umstandes, daß sämtliche Referenten und Redner ihrer Überzeugung dahin Ausdruck gaben, daß wir selbst es sein müßte, daß die organisierte Arbeiterschaft selbst durch ihre Tätigkeit dafür sorgen muß, daß die Gesetzgebung zur Besserung der Verhältnisse voranschreitet. Wir wissen genau, welchen Eindruck unsere Verhältnisse auf die Regierenden machen können. Regien hat es uns in seiner Eröffnungsrede gezeigt. Wir wissen aber auch, daß hinter unseren Beschließen die Massen stehen, und daß wir im Sinne dieser Beschlüsse weiterarbeiten werden.

Es ist ein Verdienst des Kongresses, die Gedanken der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht nur durch Worte, sondern durch Handlungen zum Ausdruck gebracht zu haben. (Zustimmung.) Wenn wir die Arbeit des Kongresses überblicken, können wir sagen, dieser Kongreß gehört zu den besten, die wir erlebt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Allerdings haben wir keine Streifzangen gehabt, sondern nur Fragen, die ziemlich klar zutage liegen und über die Unstimmigkeiten kaum entstehen können. Aber wir haben zum mindesten vor aller Welt dokumentiert, daß wir unsere Aufgabe darin erblicken, nicht nur den Schutz unserer eigenen Mitglieder zu fordern, nicht nur darin, dagegen zu protestieren, daß dieser Schutz ungenügend ist und daß die ganze Sozialreform ungenügend ist, sondern auch dagegen, daß die herrschenden Klassen den Geist der Sozialreform verkümmern lassen. Wir haben dagegen protestiert, daß man uns sogar bei unseren Bildungsbestrebungen Steine in den Weg legt und uns nach den Schulgesetzen behandeln will, und wir haben leider eingesehen, daß es gerade der größte Bundesstaat Deutschlands ist, der ja angeblich seiner preußischen Eigenart gemäß in der Welt vorangeht und der auf dem Gebiete der Erdröpfung der Arbeiterbestrebungen in der Welt voranschreitet. (Sehr wahr!) Wir wissen, wo unsere Feinde stehen (Lebhafte Zustimmung) und ich glaube, im Sinne des Kongresses erklären zu können, daß wir vollständig erkannt haben, daß die Rechtlosigkeit der preußischen Arbeiter in politischer Beziehung mit einer Ursache für den Übermut der Regierung ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir erklären uns einverstanden mit der Haltung unserer preußischen Arbeitsbrüder gegenüber der Regierung. Wir erklären uns einig in der Beurteilung der Haltung der preußischen Regierung zum Wahlrecht. (Sehr wahr!) Wir erklären einmütig, daß wir uns verpflichtet fühlen, alle außerhalb Preußens diesem Kampf der preußischen Arbeiterklasse unsere volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihn nach besten Kräften zu unterstützen. (Allgemeiner Beifall.) Jedem Besucher der Ausstellung wird klar geworden sein, daß sie Verschiedenes bietet, was eigentlich schon die Schule dem Menschen als gute Lehre mit auf den Weg gegeben haben sollte. Wir müssen leider erklären, daß diese Ausstellung eine Veranstaltung ist, die nur einem kleinen Teile des Volkes zu-

gänglich ist. Die große Masse ist davon ausgeschlossen. Es ist eine Ausstellung lediglich nur zu dem Zweck, zu glänzen und zu zeigen, was in der Theorie ist. Eine Ausstellung aber, die gegenüber der Praxis vielfach versagt und die von der Masse des Volkes wohl kaum als Bildungsmittel angesprochen wird. (Sehr richtig!)

Wir sind einmütig beherrscht und befeelt von dem Gedanken, den schwierigen Aufgaben unserer Zukunft gerüstet entgegenzugehen. Wir haben die große umfangreiche Tagesordnung in verhältnismäßig kurzer Zeit aufgearbeitet. Ich habe noch den Genossen zu danken, die aus dem Auslande zu uns gekommen sind, die einer Meinung mit uns sind in dem Kampf gegen die bestehenden Zustände. Ich danke ihnen für die Teilnahme, die sie uns durch ihr Kommen befeudet haben. (Beifall.)

Nach Beendigung unserer Arbeit auf dem Kongreß kehren wir jeder heim an die Stätte unserer Tätigkeit. Die Anregungen, die wir empfangen haben, werden wir benutzen im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Wir werden dafür sorgen, daß die unbedingt notwendige Aufklärungsarbeit auch geleistet wird und daß, wenn wir bei späteren Kongressen vor schwierigeren Problemen stehen, die gesamte Mitgliedschaft der deutschen Gewerkschaften diesen Aufgaben gewachsen ist. Wir hoffen, daß, wenn wir wieder zukommen, unsere Gewerkschaften gestärkt und in ihrer Einmütigkeit nicht erschüttert dastehen, um ihren großen Aufgaben gerecht zu werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen: Die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Organisationen, sie leben hoch!

Die Versammlung hat sich erhoben und stimmt dreimal begeistert in den Hochruf ein.

Vorsitzender Schlichte: Der achte Deutsche Gewerkschaftskongreß ist geschlossen!

In einer stürmischen Beifallsstunde dankt der Kongreß dem Präsidium. Schluß 11 1/2 Uhr.

Aus der Jugendbewegung.

Zum Kampf gegen die Jugendbewegung. Am 1. April verurteilte das Obergericht in Amtsgericht die sieben Mitglieder des dortigen Jugendausschusses zu je 10 Mark Geldstrafe wegen Übertretung des Reichvereinsgesetzes. Nach dem Urteil des Obergerichts wurde die Vereinigung der Jugendlichen als ein politischer Verein angesehen, dessen Vorstand der Jugendausschuß sein sollte. Auf die Berufung der Angeklagten hin hatte sich am Freitag die 6. Senner Strafkammer mit der Frage zu befassen. Zu der Verurteilung waren die Referenten, die in den verschiedenen Verhandlungen referiert hatten, geladen. Diese befanden sich ausdrücklich, daß ihnen von dem Jugendausschuß zur Pflicht gemacht sei, jede politische Erörterung in ihren Vorträgen strengstens zu meiden. Die meisten Vorträge hatte ein Lehrer a. D. gehalten, der auf die Frage, ob er Sozialdemokrat sei, erwiderte, er sei ein Sozialdemokrat der nationalliberalen Partei seines Wohnortes.

Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung der Berufung, weil es gerichtsnötig sei, daß es den Jugendausschüssen lediglich darauf ankomme, die jungen Leute zu Sozialdemokraten zu erziehen. Das Gericht verwarf die Berufung nach längerer Beratung mit einer sehr langen Begründung, in der der Versuch gemacht wird, einen schlüssigen Beweis zu führen dafür, daß die Jugendlichen einen „Verein“ bilden und daß der aus Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins, des Gewerkschaftsartikels und hinzugezogenen Jugendlichen bestehende Jugendausschuß der Vorstand dieses Vereins sei. Daß dann dieser so künstlich konstruierte Verein ein politischer sei, das gehe ohne weiteres aus der Mitwirkung der Sozialdemokratie hervor. Die anzuerkennenden Bestrebungen dieser Organisation seien nur Nebenzwecke gewesen, die Haupttätigkeit sei darauf hinausgelaufen, die jungen Leute in späteren politischen Leben der Sozialdemokratie zuzuführen. Am deutlichsten gehe das aus dem Niederbuch hervor: ein Lied beginne „Auf Sozialisten schließt die Reihen“, in einem anderen aber sei vom Wahlrecht die Rede. — Da die Angeklagten auch das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihres Tuns gehabt hätten, seien sie zu bestrafen.

Gegen das Urteil wird Revision eingelegt.

Gewerkschaftsbewegung.

Lithographen und Stein drucker. Die Geraer Unternehmer, bei denen die Kündigung eingereicht wurde, machen große Anstrengungen, Ersätze zu erlangen. Ein Lithograph Schmalfuß reist als Agent. Die Kollegen werden gewarnt, Stellung in Gera anzunehmen.

Lohnbewegung beim Kanonenkönig Krupp. Am Sonntag vermittelte tagte in Essen unter freiem Himmel eine Massenversammlung der Kruppischen Arbeiter, in der die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Weltfirma einer gründlichen Kritik unterzogen wurden. Zu den 12000 Versammelten sprachen vier Redner, die Genossen Schlichte, Severing, Dielesfeld, Cohen-Berlin und Kapp-Solingen. Von allen wurde hingewiesen auf den bekannten Reichstagsbeschuß vom 15. Februar 1911, worin der Reichstagsler ersucht wird,

„Arbeiten und Lieferungen für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, zur Regelung und Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken sowie die Marineverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.“ Obwohl dieser Beschluß mit 240 gegen nur 99 Stimmen gefaßt wurde, sind fünf Monate ins Land gegangen, ohne daß die bekanntlich vom Reiche sehr stark beschäftigte Firma Krupp sich im geringsten veranlaßt gesehen hätte, ihm nachzukommen. Im Gegenteil, der berüchtigte Herr-im-Haule-Standpunkt wird bei ihr gegenwärtig rücksichtslos als je vertreten. Da ist es zu verstehen, wenn die Arbeiterschaft aus sich selbst heraus Schritte unternimmt, um dem Willen des Reichsparlaments Geltung zu verschaffen. In keiner Weise sind bisher die gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Arbeitsbedingungen beachtet worden. Die Arbeitszeit ist sehr ungleich und zum Teil überlang. Arbeiterausschüsse sind nicht vorhanden. Schließlich lassen auch die Lohnverhältnisse namentlich insofern zu wünschen übrig, als das Günstigstum dabei eine sehr erhebliche Rolle spielt. Statt Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wie sie eines so mächtigen Betriebes würdig sind, bemühen sich die leitenden Stellen krampfhaft, Wege zu züchten und mittels durchsichtiger „Wohlfahrt“ die Arbeiter einzulullen. Die Arbeiter haben jedoch das System der Firma satt und fordern Anerkennung ihrer berechtigten Wünsche. Folgende Resolution wurde einstimmig beschlossen: „Die Versammelten nehmen Kenntnis von den Ausführungen der Referenten und erwarten von den Arbeiterorganisationen, daß dieselben die Vorarbeiten treffen, damit in geeigneter Weise die berechtigten Forderungen der Kruppischen Arbeiter zur Durchführung gebracht werden. Vor allen Dingen ist es erforderlich, daß die Lohn-

verhältnisse einer durchgreifenden Verbesserung unterzogen werden. Ebenso ist die Arbeitszeit den hygienischen und volkswirtschaftlichen Anforderungen entsprechend zu verkürzen. Die Akkord- und Überarbeitszeit ist gleichfalls einer Regelung zu unterziehen. Ferner erklären die Versammelten die Schaffung eines Arbeiterausschusses, welcher aus allgemeiner und geheimer Wahl hervorgehen muß, für unerlässlich, damit derselbe bei Neuordnung der Arbeitsbedingungen entsprechend der im Reichstag angenommenen Resolution mitwirken kann. Die Versammelten erklären weiter, daß sie mit aller Kraft dahin wirken wollen, daß die im Deutschen Reichstag am 15. Februar 1911 angenommene Resolution, die auch zum größeren Teil von den bürgerlichen Parteien, 240 gegen 99 Stimmen, zugestimmt wurde, voll und ganz bei der Firma Krupp zur Durchführung gebracht werde. Das Resultat der Versammlung ist umso erfreulicher, als es die „Schleichen“ und die Gelben keineswegs an Bemühungen fehlen ließen, Uneinigkeit in die Reihen der Kruppischen Arbeiter zu tragen.

Die Münchener Metallspielwaren-Arbeiter sind am Freitag in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen sind: 55stündige Arbeitszeit pro Woche, ein Mindestlohn für männliche Arbeiter von 38 bis 50 Pfg., für Arbeiterinnen 20 bis 28 Pfg. und Regelung des Akkordwesens. In Betracht kommen rund 2850 Personen, von denen 2880 im Metallarbeiterverbande und 200 in anderen freien Organisationen organisiert sind. Die christlichen Arbeiter kommen bei der Lohnbewegung mit sechs männlichen und zwei weiblichen Personen in Frage.

Streik auf den Rhein- und Maindampfern. Auf sämtlichen Rhein- und Maindampfern, die in Mainz und Frankfurt a. M. beheimatet sind, hat am Sonnabend das Kessel- und Maschinenpersonal die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um Lohn Differenzen.

Der Bäckerstreik in Jensburg bei Frankfurt a. M. ist mit gutem Erfolge beendet worden. Fast sämtliche Arbeiter arbeiten zu dem neuen, auch für Frankfurt a. M. abgeschlossenen Tarif.

Tarifabschluß der Bäcker in Ostlingen. Die Bäckereiarbeit wurde durch den von der organisierten Arbeiterschaft über die Bäckereien, die nicht bewilligten, verhängten Boykott veranlaßt, mit dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren einen dreijährigen Tarifvertrag abzuschließen. Nach den getroffenen Vereinbarungen beträgt die tägliche Arbeitszeit 11 Stunden, der Kostwag im Hause des Arbeitgebers ist für alle Gehilfen befreit, es wird dafür eine Entschädigung von 10 Mk. pro Woche bezahlt, überstunden werden mit 40 Pfg. vergütet. Die Aussicht über die Einhaltung des Vertrages ist einem Tarifamt übertragen, dem je drei Unternehmer- und Arbeitervertreter angehören. Der Tarif erstreckt sich auf 68 Bäckereien mit 57 Gehilfen.

Der Streik der Steinhauer und Steinarbeiter im Maintal hat eine weitere Ausdehnung genommen. In einer Reihe heftiger Orte, besonders im Odenwald, haben sich die Arbeiter auch jetzt dem Streik angeschlossen.

Gegen die Einführung von Arbeitergesundheitsbestimmungen in der Schokolade- und Zuckwaren-Industrie. Von der königlichen Zentralstelle in Württemberg ist die Einführung von gesundheitspolizeilichen Maßnahmen in der Schokolade- und Zuckwaren-Industrie in Aussicht genommen. Die Handelskammer in Stuttgart wurde zu einer gutachtlichen Äußerung hierüber aufgefordert. Sie beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit in ihrer Plenarsitzung am 21. Juni und kam zu dem Ergebnis, daß ein Bedürfnis für derartige detaillierte Maßnahmen, wie sie geplant sind, nicht vorliege, zumal die in Frage stehenden Betriebe seither schon eingehend der Beaufsichtigung durch die Gewerbeinspektion unterworfen seien. Die königliche Zentralstelle verweist demgegenüber darauf, daß es in den Schokolade- und Zuckwarenfabriken vielfach an der erforderlichen Reinlichkeit, Ventilation usw. fehle. Die Regierung fand es nicht der Mühe wert, neben der Unternehmervereinigung auch die Arbeiterorganisation zu befragen. Sie hätte sicher von dort eine andere Auskunft bekommen als von der Handelskammer; die Gewerkschaft hat in ihrer Presse unerschrocken die Mängel in der braunen Industrie aufgedeckt, und wäre in der Lage gewesen, der Regierung Material zu ihrem Vorgehen zu verschaffen.

Aus dem Gerichtssaal.

Erst zwölf Jahre Zuchthaus, dann freigesprochen! Am 28. Juni hatte sich der 23jährige Wirtschaftselevé Paul Nowak vor der ersten Strafkammer in Breslau zu verantworten. Nowak wurde bereits am 9. Febr. 1910 von der Breslauer Strafkammer zu zwölf Jahren Zuchthaus wegen mehrerer Diebstähle, Unterschlagungen, schwerer Urkundenfälschung usw. verurteilt. Die Strafe, die er bezogen hatte, grenzten beinahe an Rippenkaden. Am 16. Dezember 1909 wurde der Geschäftsführer eines Musikinstrumentengeschäftes auf der Gartenstraße von Nowak als „Referendar Notmann“ telephonisch in ein hiesiges Hotel gebeten, um mit ihm wegen Ankaufs eines neuen Pianinos zu verhandeln. Der Geschäftsführer kam jener telephonischen Einladung ungesäumt nach; jedoch bald nachdem er das Verkaufstotal verlassen hatte, fand sich N. dort ein und verhandelte mit der Frau des Geschäftsführers über ein Instrument. Um es an Ort und Stelle zu erproben, erbat sich der junge Mensch einige Notenhefte und während sie die Frau aus einem Nebenzimmer herbeiholte, entwendete er aus einem offen dastehenden Rollbureau einen Geldbetrag von 1100 Mark, ein Depostbuch für den Schlesischen Bankverein und ein Arbeiterlohnbuch. Darauf entfernte er sich und fuhr nach Trebnitz, ging dort in das Kloster, stellte sich als Kriminalbeamter vor und erklärte, im Auftrage des Landeshauptmanns von Schlesien die Führerzöglinge besichtigen zu sollen. Die Besichtigung wurde ihm auch gern erlaubt; sein Verhalten jedoch und seine auffällige Freigebigkeit ließen ihn so verdächtig erscheinen, daß man ihn verhaftete. Es stellte sich heraus, daß N. in Oberschlesien zahlreiche Fahrrad- und Schlafstellen-diebstähle ausgeführt hatte; auch Maschinenverleihanstalten hatte er durch leihweise Entnahme von Koffern, die er in Geld umlegte, empfindlich geschädigt, und bei Geschäftslenten und Restaurateuren hatte er unter falschen Vorpiegelungen wiederholt größere und kleinere Darlehen aufgenommen, die er nie zurückgab. In der Verhandlung am Mittwoch erklärten die vier geladenen Sachverständigen den Angeklagten für unzurechnungsfähig im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuches. Die Verurteilung zu 12 Jahren Zuchthaus wurde deshalb aufgehoben, doch soll der Angeklagte als „gemeingefährlicher Geisteskranker“ dauernd einer Landesirrenanstalt überwiesen werden.

Neue Verhandlung im Prozeß Becker. Das Urteil im Prozeß des Landrats Frhm. v. Malchahn gegen den Rittergutsbesitzer Becker vor dem Reichsgericht wurde voll aufgehoben und die Sache an das Landgericht Stettin verwiesen. In der Urteilsbegründung wurde die Beschwerde für durchgreifend erachtet, die die Ablehnung der Vernehmung des Reichstagsabgeordneten Gotshen rügt; ferner sei begründet die Rüge, daß zu Unrecht einige Fragen an verschiedene Zeugen abgelehnt worden seien. Im ersten

